Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ehrtreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit dem wöchentlich 2mal Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 208 — Donnerstag den 16. September 1920 — 47. Jahrg.

Ein Block Scheidemann—Stresemann?

Nachdem kürzlich die „Germania" eine sehr deutliche Aufforderung an die Mehrheitssozialisten zum Wiedereintritt in die Regierung gerichtet hatte, wird die Frage der Verbreiterung der Regierungsbasis jetzt immer wieder erörtert. Auch der außerordentliche Bezirkstag der Mehrheitssozialisten Groß-Berlins beschäftigte sich mit der Frage des Wiedereintritts der Partei in die Regierung, ohne jedoch zu einem klaren Ergebnis zu kommen. Anscheinend ist in den Kreisen der Mehrheitssozialisten die Meinung geteilt. Während ein Teil der Partei für einen solchen Wiedereintritt in die Regierung durchaus zu haben wäre, „damit nicht noch mehr Machtpositionen der Sozialdemokratie verloren gehen", drängen andere Kreise, unter Führung des früheren Reichskanzlers Hermann Müller, auf die Ausschreibung von Neuwahlen im Herbst, da sie sich hiervon ein günstiges Ergebnis für die Partei versprechen. Der Abgeordnete Müller-Franken hat sich bekanntlich bei den letzten Reichstagswahlen noch als Reichskanzler darauf festgelegt, daß es für die Mehrheitssozialisten unmöglich sei, mit der Deutschen Volkspartei eine Regierung zu bilden. An dieser Anschauung hält er auch heute noch unbedingt fest und steht damit in der Partei nicht allein. Von demokratischer Seite ist ja wiederholt betont worden, daß es unbedingt erforderlich sei, die Regierungsbasis zu erweitern und daß es nicht angängig sei, daß sich die Sozialdemokratie länger ihrer Pflicht, die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen, entziehe. Auf dem gleichen Standpunkt steht man auch in den führenden Kreisen der Zentrumspartei. So schreibt die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz: „Es weiß doch jedermann, wie wir den Sozialdemokraten damals, als es sich um die Bildung der Regierung handelte, auch von unserer Seite aus, den Eintritt in die Regierung nicht nur einmal, sondern wiederholt und nachdrücklich angeboten haben, sie blieben trotzdem hartnäckig auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren. Wenn es ihr eigener Wunsch wäre und sie selbst dazu die Initiative ergriffen, heute an der Regierung teilzunehmen, so würde man zweifellos diesem Begehren näher treten."

Zweifelhaft konnte eigentlich nur die Stellung der Deutschen Volkspartei sein. Die „Tägliche Rundschau", das Blatt des volksparteilichen Abgeordneten Rippler, war entsetzt über den Gedanken, die Sozialdemokraten in die Regierung aufzunehmen. Auf einen wesentlich anderen Standpunkt stellt sich nun Dr. Stresemann, der sich in seinen „Deutschen Stimmen" dahin äußert, daß der Sozialdemokratie die Möglichkeit, in die Regierung einzutreten, jederzeit freistehe. „Wenn sie in die jetzige Koalition eintritt, so würde damit ein vernünftiger Ausgleich zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie gegeben sein. Sie würde einen vollberechtigten Anspruch haben können auf den Einfluß, der ihr zahlenmäßig nach ihrer Fraktionsstärke zukommt, nicht mehr und nicht weniger. Immerhin bliebe das bürgerliche Element in dieser Koalition führend durch das Schwergewicht seines gegenwärtigen Einflusses . . . Aufgabe der heutigen Koalition ist es, sich entweder selbst durchzusetzen — denn ein parlamentarischer Sturz des heutigen Kabinetts ist von links aus gar nicht zu führen, wenn die Deutschnationalen ihre gegenwärtige politische Aufgabe erkennen — oder aber, da jede Erweiterung der Koalition nach rechts an dem Widerstand des Zentrums und der Demokraten scheitert, der Sozialdemokratie den Eintritt offen zu halten, um eine gefestigte Basis der heutigen Regierung zu bilden, welche die Gewähr der Dauer in sich trüge." Einem Ausscheiden seiner Partei aus der Regierung, von dem in letzter Zeit ebenfalls gesprochen wurde, steht Stresemann jedenfalls ablehnend gegenüber, das käme nur in Frage, wenn die anderen Koalitionsparteien eine weitere Linksorientierung vornehmen würden. Danach bestehen heute also gewisse Aussichten dafür, daß ein Block Stresemann — Scheidemann einmal zustande kommt. Eine Entscheidung dürfte allerdings keinesfalls vor den Parteitagen der beiden sozialistischen Parteien fallen. Heute handelt es sich im wesentlichen um Kombinationen und völlig unverbindliche Vorbesprechungen. Der Verlauf des Parteitages der U. S. P. D., der ja wohl eine Spaltung dieser Partei bringen dürfte, wobei die Mehrheitssozialisten mit einem Anschluß des rechten Flügels dieser Partei an ihre Organisation zu rechnen scheinen, wird natürlich nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung der Mehrheitssozialisten bleiben. Bis dahin wird also auch die Frage der Regierungsumbildung in der Schwebe bleiben.

Immerhin ist dieser Artikel des deutschvolksparteilichen Führers außerordentlich bemerkenswert. Man muß ihn schon darum begrüßen, weil er eine erste Revision des Standpunktes bedeutet, den die Deutsche Volkspartei unter Abtrennung der Partei Dr. Stresemann im Wahlkampfe eingenommen hatte. Zwar war der volksparteiliche Führer zuletzt durchaus zu der Auffassung gekommen, daß eine Regierungsbildung mit Einschluß der Mehrheitssozialisten notwendig sei, immerhin bekämpfte er das Überwiegen der Sozialdemokraten in der alten Koalition. Nun verfügte aber in der Nationalversammlung die Mehrheitssozialdemokratie über mehr Sitze als Zentrum und Demokraten zusammen. Gleichwohl hatte die Sozialdemokratie nur die Hälfte der Ministersitze inne. Nach der jetzigen Anschauung des Herrn Dr. Stresemann hätte ihr in der Nationalversammlung also eine absolute Mehrheit der Ministersitze zugestanden werden müssen. Die Deutsche demokratische Partei hat nie das Entscheidende in der Anzahl der Parlamentssitze gesehen, wenn es sich um die Bildung einer Regierung handelte. Wir möchten auch jetzt uns nicht ohne weiteres der Auffassung des Herrn Dr. Stresemann anschließen, daß der Einfluß einer Fraktion, gleichviel welcher, nach ihrer Fraktionsstärke in der Regierung bemessen werden darf. Das Entscheidende ist immer ein sachliches Programm der Regierung, das von den Parteien gemeinschaftlich getragen werden muß.

Die Anklagen gegen General Lerond in Oberschlesien.

Frankfurt (Main), 16. Sept. (T.-U.) Wie die „Frankfurter Zeitung" berichtet, ist dem General Lerond in Oppeln mitgeteilt worden, daß er jederzeit das in die Hände der deutschen Regierung gefallene Material, welches die Unterlage zu der an ihn gerichteten Note bildet, einsehen und prüfen lassen könne. Auf verschiedenen Umwegen hat die deutsche Regierung dieses Urkundenmaterial erhalten und zwar schon im Juli.

Auffallende Maßnahme gegen den Fürstbischof von Breslau.

Breslau, 16. Sept. (T.-U.) Die Interalliierte Kommission verweigerte dem Fürstbischof von Breslau die Einreise nach Oberschlesien zur Weihe einer neuen Kirche.

Hölz entflohen?

Dresden, 16. Sept. (T.-U.) Hier ist das Gerücht verbreitet, daß Hölz aus dem Sanatorium, in dem er in der Tschechoslowakei untergebracht war, entwichen sei. Eine amtliche Bestätigung steht noch aus. Die deutschen Behörden haben die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um Hölz, wenn er in Deutschland wieder auftauchen sollte, festzunehmen.

Für und gegen den Anschluß an die 3. Internationale.

Berlin, 16. Sept. (T.-U.) Bei der Stellungnahme innerhalb der Unabhängigen Partei zu den Moskauer Bedingungen für die 3. Internationale haben sich weiterhin der badische Landesvorstand, sowie die Kölner und Ostbayer Organisation für den Anschluß ausgesprochen, während eine Bremer Mitgliederversammlung die Bedingungen ablehnte.

Proteststreik in München.

München, 16. Sept. (T.-U.) Eine Versammlung der Gewerkschaftsdelegierten und Betriebsräte beschloß gestern abend in geheimer Abstimmung mit 118 gegen 119 Stimmen, sich dem kommunistischen Beschluß anzuschließen, am Freitag vormittag von 10 bis 12 Uhr einen Proteststreik gegen die Verhaftung des Abgeordneten Eisenberger durchzuführen.

Beendigung des Hamburger Hafenarbeiterstreikes.

Hamburg, 16. Sept. (T.-U.) In der Urabstimmung haben die organisierten Hamburger Hafenarbeiter gestern abend mit 4700 gegen 2300 Stimmen den Berliner Schiedsspruch abgelehnt. Es wurde beschlossen, heute morgen die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen. Ein großer Teil der Unionisten ist aber dem Beschluß nicht nachgekommen. Nach wie vor belagern sie die Zugänge zum Hamburger Hafen und versuchen die organisierten Arbeiter an der Wiederaufnahme der Arbeit zu verhindern. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

Die polnische Friedensdelegation in Danzig.

Danzig, 16. Sept. (T.-U.) Gestern traf die polnische Friedensdelegation auf der Reise nach Riga hier ein und wurde von den polnischen Behörden empfangen. Der Hauptteil der Delegation reiste nachmittags auf englischen Torpedobooten nach Libau weiter.

Fortdauer der Unruhen in Laibach.

Laibach, 16. Sept. (T.-U.) Den Blättern zufolge ist die Lage immer noch äußerst gespannt. Auf den Straßen wird noch immer geschossen. Die Gefängnisse sind mit Verhafteten überfüllt. Das Militär durchzieht die Straßen, auf denen nach 10 Uhr sich niemand aufhalten darf.

Der bevorstehende Rücktritt Deschanels.

Genf, 16. Sept. Der „Figaro" teilt mit, daß die Demission Deschanels in einigen Tagen zu erwarten sei und die Einberufung des Kongresses in Versailles dicht bevorstehe. Es scheint also doch ernst zu werden. Nach anderen Berichten scheint Millerand noch immer vor einer plötzlichen Zusammenberufung der Nationalversammlung zurückzuschrecken, aber es ist möglich, daß der Gesundheitszustand des Präsidenten weiteren Aufschub nicht duldet. Von der Krankheit Deschanels, deren medizinischer Name der Welt immer noch verschwiegen bleibt, erzählen in die Schweiz kommende Franzosen die tollsten Dinge. Man spricht geradezu von Geisteskrankheit und berichtet Anekdoten, wie von dem früheren König Otto von Bayern. Für den beginnenden Wahlkampf hat Millerand sichere Aussichten. Die mächtigsten Politiker der Republik, Poincaré und Briand treten für den gegenwärtigen Ministerpräsidenten ein. Aber prophezeien darf man doch nichts. Viel hängt von dem Ausgang des verschwiegenen erbitterten Zweikampfes ab, der zwischen der französischen und englischen Politik um Frankreichs Ansprüche in der Wiedergutmachungsfrage geführt wird.

Ausschreitungen in Spanien.

Paris, 16. Sept. (BTB.) Nach einer Radiomeldung aus Madrid kam es gestern in Saragossa wegen des schlechten Brotes und der Lebensmittelteuerung zu Ausschreitungen. Zahlreiche Läden wurden geplündert. Die Polizei griff ein und stellte die Ordnung wieder her. Eine Person wurde getötet und acht Verhaftungen vorgenommen.

Zur Lage in Irland.

London, 16. Sept. (BTB.) Der „Star" meldet aus Belfast, die katholische Bevölkerung von Ulster sei bestürzt darüber, daß die Regierung die Ulsterzivilwissen bewaffnen wolle. Freemans erhebt energisch Widerspruch dagegen. — Der politische Mitarbeiter der „Evening News" nennt die amtliche Ankündigung über eine Einreihung loyaler Bürger zur Unterstützung der Behörden das Vorzeichen für eine wichtige Entwicklung der Lage in Irland. Man erwartet, daß Tausende dem Aufrufe der Regierung Folge leisten werden. In Ulster allein bestehe eine Freiwilligen-Armee von 100 000 Mann. — Der Mitarbeiter der „Evening News" erklärt, daß der Beschluß der englischen Regierung, den Hafenarbeiter von Cork nicht freizulassen, unwiderruflich sei.

Russische Erfolge bei Bialystok?

Königsberg, 16. Sept. Die „Königsberger Allgem. Ztg." meldet aus Neidenburg: Nach bisher unbestätigten Nachrichten finden im Abschnitt Bialystok schwere Kämpfe zwischen den Russen und Polen statt, anscheinend zugunsten der Polen.

Zum Erdbeben in Italien.

Rom, 16. Sept. (WTB.) Einer Agenzia Stefani-Meldung zufolge hat das Erdbeben im Gebiet Massa nur wenige Ortschaften betroffen. Nach amtlichen Feststellungen beträgt die Zahl der Toten 174. Überall ist das normale Leben wieder aufgenommen.

Die Vorgänge in Oberschlesien.

Der beabsichtigte neue Überfall auf Oberschlesien.

Berlin, 15. Sept. Der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Oberschlesiens hat dem Präsidenten der interalliierten Kommission in Oppeln, General Le Rond, am 14. Sept. folgende Note übergeben:

Die deutsche Regierung ist im Besitz von polnischen Operationsplänen und organisatorischen Anordnungen, von Meldungen und Befehlen, die ihrer Gesamtheit den neuen Beweis für die Absicht der gegenwärtigen Besatzung Oberschlesiens und von dem Bestehen einer hierzu geschaffenen geheimen politischen Organisation erbringen. Es darf anheimgestellt werden, die Originaldokumente im Auswärtigen Amt durch einen Bevollmächtigten einsehen zu lassen. Aus dem Material ergeben sich folgende Einzelheiten, die zum Teil auch den Schlüssel zu den Vorgängen der letzten Wochen liefern. Das gesamte Abstimmungsgebiet ist von der geheimen Organisation in neun Bezirke gegliedert, die untergeteilt nach den landrätlichen Kreisen 74 Rayons umfassen. Innerhalb der Rayons sind Zehnerschaften organisiert, die die kleinste Kampfeinheiten darstellen. Jeder Rayon muß mindestens verfügen über eine Sturm- und eine Maschinengewehr-Zehnerschaft, um die sich Infanterie-Zehnerschaften gruppieren. Die Zehnerschaften bestehen aus besonders verpflichteten Ortsansässigen. Nach dem Stand vom 1. Juli 1920 zählte diese Organisation 11736 Köpfe. Daneben besteht die in die Rayons eingegliederte Hilfsorganisation des polnischen Selbstschutzes der Hütten, Gruben, Eisenbahnen, Sport- und Gesangvereine (Sokols). Zu ihr gehört auch der Verband der Haller-Truppen, der Anfang Juli weitere 2000 Mann umfaßte und dessen Mitglieder durch Vermittlung des polnischen Roten Kreuzes in Beuthen ihren militärischen Sold weiter erhalten.

Aufgabe der Hilfsorganisation ist die überraschende Wegnahme der industriellen Anlagen und Eisenbahnen, sowie die Verhinderung unerwünschter Transporte. Die Leitung der gesamten Organisation ruht bei dem Obersten Kommando, das auf polnischem Boden in Sosnowice seinen Sitz hat und dem die neun Bezirke unmittelbar unterstellt sind. Dem Obersten Kommando liegt die Verständigung mit den polnischen höheren Behörden ob. Aufgabe der Organisation ist, sich der sogenannten Operationsbasis zu bemächtigen. Diese umfaßt die Kreise Tarnowitz, Beuthen, Hindenburg, Kattowitz und Pleß, also den Hauptindustriebezirk. Zur Durchführung der Aufgabe sollen aus einem Teil der Einheiten dieser Kreise 3 Bataillone Infanterie und eine Maschinengewehrkompagnie überraschend zusammengezogen werden, um die Westgrenze der Basis, etwa in Linie Koschentin—Sosnitza—Dembina, zu besetzen. Die übrigen Einheiten, formiert zu einem Bataillon Infanterie, drei Fußtruppen- und drei Maschinengewehrkompagnien, sollen, unterstützt von Selbstschutz, die in der Basis gelegenen Städte nehmen, etwaigen deutschen Widerstand brechen. Insgesamt wurde Mitte Juli hierfür mit rund 10 000 Mann gerechnet, darunter die obenerwähnten 2000 Mann vom Verbande der Haller-Truppen. In enger Verbindung hiermit steht ein Aufmarschplan, nach welchem auf polnischen Boden bereitgestellte Streitkräfte sich zu gegebener Zeit des gesamten Abstimmungsgebietes bemächtigen sollen. Diese Streitkräfte sammeln sich bei Czenstochau, Bendzin, Sosnowice, Jaworzno, Jeson und Oswiecim. Der Plan sieht vor, Bahntransporte bis in die Linie Lublinitz—Loslau im Kreise Rybnik, von dort entweder weitere Bahntransporte oder Fußmarsch auf besonders zugewiesenen Marschstraßen bis zur Westgrenze des Abstimmungsgebietes mit anschließender Besetzung der Grenze. In einem Operationsbefehl vom 11. Juli 1920 mit der Unterschrift Josefy alias Laskowski, Chef des Stabes, wird im Interesse der Geheimhaltung befohlen, es solle den Mannschaften vorgespiegelt werden, daß der Zweck der Organisation die Abwehr einer deutschen Überrumpelung sei.

Die deutsche Regierung beehrt sich, der interalliierten Kommission von Vorstehendem Kenntnis zu geben. Sie glaubt, gerade im gegenwärtigen Augenblick ihre früheren Wahrnehmungen eindringlich wiederholen zu sollen, weil sie zuverlässige Nachrichten von einer in Vorbereitung befindlichen polnischen Aktion hat. Ein schweres Verhängnis, für das die interalliierte Kommission die Verantwortung tragen würde, ist von dem Abstimmungsgebiet nicht mehr abzuwenden, wenn nicht schleunigst die durch den Augustaufstand geschaffenen Zustände beseitigt und die polnischen Vorbereitungen für neue Aufstandsbewegungen unterbrochen werden. Bei der polnischen Regierung, der Friedenskonferenz, dem Heiligen Stuhl, den Kabinetten in London, Paris und Rom sind die erforderlichen Schritte unternommen worden.

Der Kampf im Osten.

Rußlands katastrophale Wirtschaftslage.

Helsingfors, 15. Sept. Aus dem Bericht des Obersten Wirtschaftsrates der Sowjets geht hervor, daß die wirtschaftliche Lage Rußlands immer katastrophalere Formen annimmt. Statt 400 Millionen Pud Getreide, die der Oberste Wirtschaftsrat für unentbehrlich für Rußland hält, kommen nur 30 Millionen bereitgestellt werden, im besten Falle wird die Summe nicht 50 Millionen Pud übersteigen. Kohle fehlt vollkommen wegen der unbedeutenden Produktion im Donbecken. Die Lage spitzt sich derart zu, daß Cinoview es für notwendig gehalten hat, der Bevölkerung Petersburgs einen harten Winter anzukünden, der durch seine Entbehrungen alles Vorangegangene übertreffen wird.

Frankreichs Absichten auf die Ukraine.

Aus Stockholm meldet die „Frankf. Ztg.": Eine Reihe deutlicher Anzeichen sprechen dafür, daß Frankreich einen neuen Plan gegen Sowjet-Rußland vorbereitet, dessen erstes Ziel die Eroberung der getreidereichen Ukraine sein wird. Das französische Ultimatum wegen der Räumung der Franzosen aus Rostow wird die formelle Handhabe für ein Vorgehen der französischen Flotte und von Truppen an der Küste des Schwarzen Meeres bieten. Neben den militärischen trifft Frankreich auch politische Vorbereitungen, die auf eine neue diplomatische Blockade Rußlands abzielen und den Einfluß der Sowjetregierung auf die Arbeiterschicht brechen soll. Jedenfalls wird der neue Schlag vor dem Winter geführt werden, um die Schwierigkeiten der Sowjetregierung infolge der schlechten Ernte und des Mangels an Brennstoffen durch Wegnahme der getreidereichen Ukraine und des Donetbkohlengebietes zu steigern. In Moskau ist man sich über die große Gefahr des kommenden Winters völlig klar und rüstet fieberhaft zur Abwehr.

Im Zusammenhang hiermit ist folgende Meldung bemerkenswert: Wie den P. P. N. aus unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, ist dem Kommandanten der französischen Mittelmeerflotte, einer Meldung aus Paris zufolge, der Befehl erteilt worden, sich bereit zu halten, um nach den südrussischen Häfen des Schwarzen Meeres auszufahren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200916-11/fragment/page=0001

Das Geschwader soll noch durch eine Anzahl Transportschiffe und einige Kreuzer verstärkt werden. Man führt diesen Befehl auf die Absicht der französischen Regierung zurück, die Aktion der Wrangelarmee zu unterstützen und Wrangel die Möglichkeit zu schaffen, andere Häfen Südrußlands zu besetzen. Vor allem scheint man es auf Odessa abgesehen zu haben. Inderseits meldet es den Eindruck, daß Rußland von dieser französischen Expedition nicht erbaut ist, da es davon eine Schädigung seines Handels im Schwarzen Meere befürchtet.

Politische Uebersicht.

Österreich.

Gegen einen Donaubund.

Innsbruck, 15. Sept. Im Großen Stadtsaal zu Innsbruck hielt der österreichische Staatssekretär des Äußern Dr. Renner eine dreistündige parteipolitische Rede, in der er seine Politik verteidigte und für seine Idee eines Donaubundes eintrat. Die ganze Versammlung bedeutete eine schwere Niederlage Renners, die auch von außenpolitischen Folgen sein dürfte. Nach Renners Rede trat in der Diskussion ein Vertreter der Großdeutschen Volkspartei auf, der unter dem brausenden Beifall der in Massen erschienenen Zuhörer ein scharfes Charakterbild Renners und seiner Deutschfeindlichkeit entwarf. Als Dr. Renner am Schluß der Versammlung nochmals seine Politik zu rechtfertigen suchte, gingen seine Worte in dem scharfen Widerspruch der gesamten Versammlung völlig verloren. Die Versammlung gab dadurch einmütig ihrem Willen Ausdruck, jeden Kurs unbedingt abzulehnen, der auf die Bildung eines Donaubundes abzielt.

Ungarn.

Das Urteil im Mordprozeß Tißza.

Aus Budapest meldet der „Berl. Lok.-Anzeiger": Das Kriegsgericht verkündete das Urteil im Prozeß gegen die Mörder des Grafen Tißza. Dobo und Szankovsky wurden zum Tode durch den Strang, die anderen Angeklagten zu Kerker- und Gefängnisstrafen verurteilt.

Tschecho-Slowakei.

Rücktritt des tschechischen Ministeriums.

Prag, 15. Sept. Am Mittwoch mittag trat der Ministerrat zusammen, an dem sämtliche Mitglieder des Kabinetts teilnahmen. Es wurde beschlossen, die formelle Demission zu überreichen, die sodann von sämtlichen anwesenden Ministern unterschrieben wurde.

Bildung des neuen Ministerrates.

Prag, 16. Sept. Der Präsident der Republik hat das neue Ministerium bereits ernannt. Ministerpräsident und Minister des Innern ist Cerny. Minister Dr. Benesch bleibt Minister des Äußern.

Ausschluß der Kommunisten.

Prag, 16. Sept. Die sozialistische Vertreterkonferenz beschloß gestern, die Kommunisten aus der Partei auszuweisen.

Frankreich.

Zum Rücktritt des Präsidenten Deschanels.

Paris, 16. Sept. Die „Agence Radio" meldet zum Befinden Deschanels, das, was in der Presse veröffentlicht worden ist, ist richtig. Deschanel wird zweifellos genesungen sein, abzudanken. Es ist auch richtig, daß der Ministerrat sich am Freitag mit der konstitutionellen Seite dieser Frage befassen wird.

Paris, 16. Sept. Havas. Anläßlich der Berichterstatter des Gesundheitszustandes Deschanels beschäftigt man sich in Regierungskreisen mit den zu ergreifenden Maßnahmen. Gerüchtweise verlautet, Deschanel werde nach der Rückkehr Millerands seine Demission einreichen. Man rechnet weiter damit, daß das Parlament im Laufe der nächsten Woche zusammentreten werde.

Serbien.

Ratifizierung des Friedensvertrages mit Bulgarien.

Belgrad, 16. Sept. Das Parlament hat nach dreitägiger Debatte gestern mit 136 gegen 10 Stimmen den Friedensvertrag mit Bulgarien ratifiziert.

*

Wahlsaustakt in den Vereinigten Staaten.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die am 2. November d. J. stattfinden soll, wirft ihre Schatten voraus. In dem alten, an der kanadischen Grenze liegenden Staate Maine, der bei der Präsidentschaftswahl über 6 Stimmen verfügen kann, haben die Gouverneurs- und Senatswahlen stattgefunden. Sie endeten mit einem über alles Erwarten großen Siege der Republikaner. In einer amerikanischen Meldung wird betont, daß die Niederlage der Demokraten auf die Unbeliebtheit Wilsons zurückzuführen sei. Wenn auch Herr Wilson mit diesen Wahlen im Staate Maine nichts unmittelbar zu tun hat, so ist an dieser Deutung doch etwas Richtiges. Die von Wilson selbst ausgegebene Wahlparole „für den Präsidenten" hat auch in Maine den Demokraten das Genick gebrochen. Die Republikaner, die noch unlängst durch die Nominierung des Senators Harding aus Ohio zum Präsidentschaftskandidaten eine gewisse Kompromißwilligkeit in der Völkerbundsfrage erkennen ließen, scheinen in dem Wahlkampf von Maine mit aller Entschiedenheit gegen die Wilsonsche Kriegspolitik und ihre Folgen losgegangen zu sein. Ihr Wahlerfolg zeigt, daß sie damit die Stimmung der Massen richtig getroffen haben. Sehr bezeichnend ist es, daß die Frauen, die eben erst, und zwar hauptsächlich auf demokratisches Betreiben hin, das Wahlrecht erhalten haben, nahezu geschlossen für die republikanischen Kandidaten eingetreten sind. Nach ihrem Siege in dem wichtigen und alten Staate der Union können die Republikaner der Präsidentenwahl ruhigen Gefühls entgegensehen, selbst dann, wenn Herr Wilson, entgegen seiner Gewohnheit, dabei seine Persönlichkeit nicht in den Vordergrund stellen würde.

*

Deutschland.

Lenin an die deutschen Unabhängigen.

Der Berliner Korrespondent der „Daily News" hat, wie er der „Deno" mitteilt, an Lenin die Anfrage gerichtet, welche Erwidерungen die Sowjetregierung auf die von den deutschen Unabhängigen vorgebrachten Angriffe zu geben hätte, ganz besonders, soweit sie die Anklage der Hinrichtung zahlreicher Gegner des Bolschewismus betreffen. Er hat daraufhin folgendes Funkentelegramm als Antwort erhalten: Ich bitte, festzustellen, daß die Attacken, die von Mitgliedern des rechten Flügels der deutschen Unabhängigen von der Art des Herrn Dittmann und gewissen Angehörigen der britischen Labour Party gegen die Bolschewisten geritten werden, mich in keiner Weise in Erstaunen setzen. In der Rede, die ich auf dem letzten Moskauer Kongreß der kommunistischen Internationale hielt, wies ich nach, daß die Auffassung unter den Grundsätze Dittmanns und Crispiens sich durchaus mit denen Kautskys decke. Es ist ganz natürlich, daß Kautsky wie Crispien und Dittmann mit den Bolschewisten unzufrieden sein müssen. Es wäre in der Tat auch höchst bedauerlich, erregten die Bolschewisten die Zufriedenheit solcher Leute. Es ist nur natürlich, daß solche bourgeoisen Demokraten der vorbezeichneten Art, die sich in nichts von unseren Menschewiks unterscheiden, in dem Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie sehr häufig im Lager der letzteren sich finden. Die Hinrichtung scheint Dittmanns Empörung erregt zu haben, aber in solchen Fällen, wie er sie im Auge hat, versteht es sich von selbst, daß revolutionäre Arbeiter Menschewiks hinrichten, eine Tatsache, die ihm selbstverständlich nicht zusagen kann. Es wäre wahrhaftig eine traurige Sache für die 3. Internationale, wenn Leute von Dittmanns Art, ganz gleich, ob sie Franzosen, Deutsche oder Engländer sind, in ihre Reihen zugelassen würden. Wenn, wie Sie auffführen, die Berichte der britischen, französischen und deutschen Arbeiterabordnungen über Rußland der Sache des Bolschewismus mehr Abbruch getan haben als alle antibolschewistische Propaganda zusammengenommen, so kann ich mit Freuden die logischen Forderungen daraus ziehen. Ich möchte hiermit ein Anerbieten an die antibolschewistische Bourgeoisie aller Länder richten: Laßt sie und mich dahin übereinkommen, daß Abordnungen aus allen Ländern nach Rußland geschickt werden, die sich aus Arbeitern, Kleinbauern und solchen Personen zusammensetzen, deren Arbeit dem Kapital einen Profit schafft. Laßt diese Delegation einen Monat oder zwei in Rußland bleiben. Wenn die Berichte dieser Abordnung der Sache der antibolschewistischen Propaganda förderlich sind, so kann die internationale Bourgeoisie die dadurch entstandenen Kosten tragen. Jedoch trotz des Umstandes, daß wir in Rußland arm und schwach sind, die Bourgeoisie aller Länder dagegen reich und stark, finde ich mich bereit, auf die Sowjetregierung hinzuwirken, daß sie drei Viertel der Auslagen für die erwähnte Abordnung auf ihre Schultern nimmt und es den internationalen Millionären überläßt, nur ein Viertel der Kosten zu bezahlen.

Dr. Breitscheid über die Außenpolitik der U. S. P.

Der Vertreter des „Temps" in Berlin hatte eine Unterredung mit dem Führer der unabhängigen Sozialisten Dr. Breitscheid, welcher erklärte, daß die unabhängigen Sozialdemokraten unter allen Umständen für die Einhaltung der Neutralität in dem Konflikt zwischen Rußland und Polen eintreten würden. Da Frankreich diese Neutralität durch Entsendung von Waffen und Munition und vielleicht auch von Truppen verletze, organisierten die unabhängigen Sozialdemokraten im Einvernehmen mit den Eisenbahnern eine strenge Kontrolle aller Transporte. In einem Revanchekrieg gegen Frankreich denke die Partei nicht und sie wolle sich auch zu diesem Zwecke mit den Bolschewisten nicht verbinden. Es seien bloß die Nationalisten, welche in dieser Richtung arbeiteten. Ein neuer Krieg könne die Weltrevolution keineswegs fördern. In Frankreich bestehe zweifellos eine Partei, welche wünsche, Deutschland noch mehr zu schwächen, indem sie das Ruhrgebiet und die Mainlinie besetze. Diesen Plan denunziere die unabhängige Partei dem französischen Proletariat. Es werde alles Menschenmögliche geschehen, um Frankreich den Vorwand zu nehmen, daß es seine militärische Besetzung ausdehnen müsse. Breitscheid erklärte, daß im Verlauf der letzten Zeit große Fortschritte zwischen deutschen Industriellen und der russischen Regierung abgeschlossen worden seien. Es handele sich um Käufe von mehreren Milliarden (?). Namentlich sollten viele Lokomobilen und landwirtschaftliche Maschinen geliefert werden. Minister Simons arbeite energisch an der Wiederherstellung der politischen Beziehungen mit Rußland. Das einzige Hindernis, das sich der Wiederaufnahme entgegenstelle, sei die Ermordung des Barons Mirbach im Jahre 1918. Einen Anschluß der U. S. P an die Dritte Internationale erklärte Breitscheid für ausgeschlossen, da die deutschen Arbeiter an die politische Unabhängigkeit und an die Freiheit der Presse und der Rede gewohnt seien. Als die wichtigsten Städte der U. S. P bezeichnete Breitscheid Berlin, Chemnitz und das Ruhrgebiet. Ausführlich äußerte er sich über die monarchistische Bewegung in Bayern. Die reaktionäre Propaganda sei von Anhängern von Kapp und Lüttwitz geleitet, welche auch mit den österreichischen und ungarischen Royalisten zusammenarbeiten, um aus Bayern, Österreich und Ungarn eine Monarchie zu bilden, welche Preußen feindlich gesinnt wäre. Diese Leute stützten sich auf die Sympathien Frankreichs.

„Wir haben jetzt die Macht."

Unter dieser Überschrift verteidigt die „Freiheit", das Berliner Organ der Unabhängigen, die Kandidatur des Genossen Dr. Loewenstein zum Oberschulrat von Berlin. Die Überschrift zeigt den Geist der Verteidigung. Nacktes Machtbewußtsein überhebt sich darin gegen alle Proteste, nicht nur aus Parteikreisen, sondern aus den Kreisen der Berliner Lehrerschaft. Den Versuch der letzteren, durch eine Abordnung an Dr. Loewenstein diesen zum Rücktritt zu bewegen, weist die „Freiheit" kaf damit zurück, daß „Genosse Dr. Loewenstein" gar nicht das Recht habe, freiwillig zu verzichten, so lange er Mitglied der U.S.P.D. sei. Diese werde mit allen Mitteln die Sabotaure seiner Tätigkeit zur Räson bringen. „Das Proletariat wird zu zeigen haben, daß es Machtpositionen unter allen Umständen zu halten weiß." Den kulturell so bedeutsamen Posten eines Oberschulrats von Berlin lediglich als Machtposition auszufassen, ist allein den unabhängigen Sozialdemokraten vorbehalten geblieben. Das demokratische Bürgertum von Berlin erhält jetzt die Quittung für seine Wahlmüdigkeit im Juni dieses Jahres.

Keine falsche Sammelpolitik.

Aus Anlaß einer Anfrage aus dem Reiche, wie der demokratische Parteivorstand sich zur Bildung einer gemeinsamen „Ordnungsliste" zwecks Bekämpfung der sozialdemokratischen Partei stelle, hat der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei sofort geantwortet, daß er ein derartiges Vorgehn ablehne, da es den allgemein politischen Richtlinien der Demokratie nicht entspreche. Überdies habe auch die Erfahrung gelehrt, daß jede derartige Abmachung, abgesehen von anderen Nachteilen, nur zur Verstärkung der Sozialdemokratie diene.

Der diesjährige demokratische Parteitag

soll nach Beschluß des Vorstandes der D. D. P. vom 11. bis einschließlich 15. Dezember in Nürnberg abgehalten werden. Am Sonnabend den 11. Dezember findet Sitzung des Parteiausschusses statt. Die Nürnberger Parteifreunde haben für den Parteitag die Räume des Industrie- und Kulturvereins zur Verfügung gestellt.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag

soll am 10. Oktober in Kassel beginnen. Den Bericht des Parteivorstandes wird der Abg. Wels, den der Reichstagsfraktion der Abg. Hildebrandt erstatten. Referate sind außerdem vorgesehen über den Internationalen Sozialistenkongreß in Genf, über die Wohnungsfrage und über das Parteiprogramm. Über letzteres soll Dr. Braun-Nürnberg sprechen. Die Reichsfrauenkonferenz geht dem Parteitag voraus.

Die Deutsche Volkspartei.

will ihren diesjährigen Parteitag nach einem Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses in Nürnberg abhalten. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest.

Der Mittellandkanal im preußischen Ausschuß.

Berlin, 16. Sept. Im Mittellandkanal-Ausschuß der preußischen Landesversammlung wurde die Mittellinie mit 19 gegen 4 Stimmen in zweiter Lesung angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Mittel vorsieht, für einen Anschlußkanal zur Anlegung bei Berzburg oder für eine andere wirtschaftlich gleich wichtige Verbindung des Mittellandkanals mit dem Wirtschaftsgebiet der oberen Saale unter Benutzung der Elbe und Saale.

Neue Landsteuern in Preußen.

Berlin, 16. Sept. In verschiedenen Blättern wird festgestellt, daß das preußische Finanzministerium bereits einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, der bestimmte Vorschläge für eine Deckung des Fehlbetrages des laufenden Jahres und der zu erwartenden Fehlbeträge der nächsten Jahre durch Erhebung von Landsteuern enthält.

Sabotierung der freien Fleischwirtschaft.

Dem Vernehmen nach kaufen Händler in Schleswig-Holstein bereits jetzt vor Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch große Posten Vieh zu hohen Preisen auf. Aus anderen Gegenden wird gemeldet, daß den Bauern von den Händlern der Rat gegeben wird, vor dem 1. Oktober überhaupt nichts mehr zu verkaufen oder abzuliefern, und daß sie ihnen gleichzeitig für höchste Preise nach Aufhebung der Zwangswirtschaft garantieren. In einer gemeinsamen Besprechung der berufenen Organisationen, welche am 19. d. M in Hannover stattfinden werden, wird die Zentralunion erklärt, diese über die Grundlagen eines gemeinsamen Vorgehens gegen derartige wucherische Preisbildungen Beschluß fassen. Als Maßnahmen gegen den Fleischwucher kämen in Betracht die Konzessionierung der Händler und Fleischer, die Forderung von Schlußscheinen und die Verpflichtung zum Aushängen der Preise.

Hänisch zum Abbau der Universitäten.

Im Kreise der Dozentenschaft der Kieler Universität hielt der Kultusminister Hänisch eine längere Ansprache, in der er sich ausführlich über eine Reihe von brennenden Fragen des Hochschulwesens verbreitete. Es behandelte er auch die neuerdings viel erörterte Frage des sogenannten Abbaues der Universitäten. Er lehne offen die finanziellen und allgemein-politischen Gründe dar, die zu diesen Erörterungen Anlaß gegeben haben. Die katastrophale Finanzlage des Staates bedinge in der Tat äußerste Sparsamkeit. Aber den Abbau oder die Zusammenlegung von Hochschulen halte er für ein durchaus ungeeignetes Mittel, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Eine weitausschauende Staatspolitik werde sich nicht nur im kulturellen, sondern gerade auch im volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Interesse des Landes vor die Pflicht gestellt sehen, die Forschungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in jeder nur denkbaren Weise zu vervollkommnen. Das Land werde im großen Wettkampf der Völker Sieger bleiben, das über die besten Schulen und Hochschulen verfüge. Solange er im Amte sei, werde er zu einer Aufhebung von Universitäten keinesfalls die Hand bieten.

Die Demokraten und das besetzte Gebiet.

Der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, Reichsminister a. D. Schiffer, hat sich zu einem längeren Besuch in die besetzten Gebiete begeben. Er folgt damit einem Wunsche der Fraktion, die Wert darauf legt, daß ihr Vorsitzender sich durch Augenschein über die dort herrschenden Zustände unterrichtet. Er entspricht damit auch dem Verlangen der Bevölkerung am Rhein, die ihre parlamentarische Vertretung in möglichst vollständiger und überzeugender Weise über die Nöte des besetzten Gebietes aufklären will. Es ist Vorsorge getroffen, daß Herr Schiffer Einblick in alle Verhältnisse gewinnt. Dadurch wird die Fraktion in den Stand gesetzt werden, mehr als bisher für die Abstellung der vorhandenen Mißstände in praktischer Weise einzutreten. Unsere Freunde am Rhein aber werden dadurch die Überzeugung erlangen, daß die demokratische Reichstagsfraktion wirklich großen Wert darauf legt, mit ihnen in lebendiger Fühlung zu bleiben.

Provinz und Nachbarländer.

† **Themar** (Thür.), 16. Sept. Wegen Einbruchsdiebstahls ist der Gründer der hiesigen Ortsgruppe der U. S. P., Wolf, verhaftet worden. Er befand sich bereits im Besitz eines Auslandspasses, um fliehen zu können.

† **Langensalza**, 15. Sept. Der hiesige Bürgerbund weist in einer Zeitungskundgebung die Landwirte auf die Folgen hin, die entstehen müssen, wenn der Wucher mit den Nahrungsmitteln noch längerz anhält. In dem Appel heißt es: Jeder nur irgend denkende Mensch muß wissen, daß unsere geradezu fürchterlichen Zustände nur dadurch werden können, wenn ein Preisabbau, vor allen Dingen bei den unbedingt nötigen Nahrungsmitteln, eintritt; ein solcher Preisabbau ist aber nur möglich, wenn die Erzeuger keine Wucherpreise verlangen oder nehmen, auch, wenn sie ihnen von gewissenlosen Schiebern geboten werden. Wer sich beim Verkauf von Nahrungsmitteln an Schieber und Kriegsgewinnler beteiligt, begeht Verrat an unserem Volke und ladet die schwerste Verantwortung auf sich, denn wenn die Preise für die tägliche Nahrung so hoch getrieben werden, daß Tausende von Familien sie nicht mehr erschwingen können, dann muß die Not und die Unzufriedenheit im Volke immer größer werden und Aufruhr und Hab auf die Schuldigen sind die Folgen. Daß die Erzeuger der Nahrungsmittel gar manchen Artikel kaufen müssen zu zehn- und zwanzigfachen Preisen gegenüber der Friedenszeit, das weiß ja jeder, aber es handelt sich dabei nicht um die tägliche Nahrung, die jede Familie unbedingt braucht, also kaufen muß, sondern um Bedarfsartikel, bei deren Verbrauch man sich einschränken kann. An alle beteiligten Kreise sei deshalb die dringende Bitte gerichtet: Lasset ab von solcher Wucherei und Schieberei, denkt nicht zu sehr an euren Geldbeutel, sondern denkt an das hungernde Volk, denkt an die kinderreichen Familien, die durch den Nahrungsmittelwucher zum Hungern gezwungen werden, denkt an die böse Saat, die ihr säet, macht euch nicht mitschuldig am Untergang unseres Volkes und Vaterlandes! Wer die Not des Volkes zu seinem Nutzen, um sich die eigenen Taschen zu füllen, trägt die Schuld an Unzufriedenheit und Unruhen. Hört, ihr Landwirte, laßt unsern Ruf nicht ungehört verhallen, noch ist es Zeit, der großen Volksnot zu steuern.

† **Jena**, 16. Sept. Die Firma Carl Zeiß wurde von der Landesregierung beauftragt, ein großzügiges Projekt für die Anlage einer Talsperre im Schwarzatal auszuarbeiten. Diese Talsperre soll unabhängig von dem schwebenden Projekt einer Saaletalsperre die möglichste Ausnützung des Schwarzatales fördern. Der Plan der Zeiß-Werke wird die Konkurrenz mit einem Plan der Siemens-Schuckert-Werke in Berlin auszunehmen haben, die ebenfalls eine Talsperre im Schwarzatal ausgearbeitet haben, dessen Ausführungskosten auf 10 Millionen Mark veranschlagt sind.

† **Jena**, 16. Sept. Auf den Höhen des Landgrafenberges bei Jena fand die Grundsteinlegung zu dem deutschen Blinker-Denkmal statt, das dem Andenken der im Weltkrieg gefallenen Blinker („Funker") gewidmet ist. Zu dem feierlichen Akt hatten sich viele ehemalige Blinker aus Thüringen und Mitteldeutschland, aber auch aus Berlin, Hannover, Hamburg, Köln und anderen Städten eingefunden. Der Schöpfer des Denkmals, Architekt Schreiter-Jena, ein ehemaliger Blinker, eröffnete die Feier, worauf der Bundesvorsitzende Herr Otto Blinker-Berlin die Gedächtnisrede auf die gefallenen Helden hielt. Als Vertreter der Stadt Jena gedachte Oberbürgermeister Dr. Fuchs der guten Beziehungen der ehemaligen Blinker zu ihrer ersten Garnisonstadt Jena. Dann folgt die Grundsteinlegung, wobei Bundesvorsitzender Böhme-Berlin, General Friedrich-Berlin, Ehrenvorsitzender des Bundes, Hauptmann Sachs als Vertreter des Reichswehrministeriums, und der Vorsitzende des Blinkervereins Hamburg, Meyer, die drei Hammerschläge ausführten.

† **Koburg**, 15. Sept. In den bayerischen Städten gelangt von heute ab achtprozentiges Vollbier zum Preise von 1,60 ℳ bezw. 1,70 ℳ zum Ausschank. Wie das hiesige Tollamt dem Koburger Tageblatt mitteilt, ist gestern eine Verfügung eingegangen, daß auch ein Rollmöbelwagen aus Koburg der Herausgabe von Bier mit 8 Proz. Stammwürze nichts mehr im Wege steht. Auch anderwärts darf nunmehr mit einem besseren Bier gerechnet werden. Bei der letzten Konferenz der Ernährungsminister in Berlin wurde der Wunsch nach einem höherprozentigen Bier entschieden vertreten. Am 10. September fand in dieser Angelegenheit eine Besprechung statt und in der nächsten Ernährungsministerkonferenz am einem noch nicht bestimmten Tage nach dem 15. September wird die Entscheidung darüber fallen, so daß die Brauer noch rechtzeitig — das heißt am Sonntag beginnt am 1. Oktober — werden verständigt werden.

† **Gotha**, 15. Sept. Unerhörte Vorgänge werden dem hiesigen Tageblatt gemeldet. Am Freitag haben zwei „Aufkäufer" die Gemeinden Döllstädt und Gierstädt nach Kartoffeln heimgesucht. Die fremden Schieber boten den Bauern sage und schreibe 50 Mark für den Zentner Kartoffeln und bekamen natürlich in Hülle und Fülle diese Feldfrüchte, die nach den eigenen Worten der „Aufkäufer" nach Köln und von dort aus nach dem Elsaß gehen sollten. (Es ist klar, daß nach einiger Zeit dieselben Kartoffeln als „Muskondskartoffeln" wieder auf dem deutschen Markt erscheinen und zu einem an Wahnsinn grenzenden Preis abgesetzt werden.) Die Passanten der Landstraße nach Gierstädt sprachen am Freitag allgemein von dieser Schieberei, die Fahrleute empörten sich darüber und die nach Kartoffeln die Umgebung abstreifenden hungerleidenden Gothaer Frauen hatten die Frechheit solcher Wucherei. Denn als diese Frauen in die Dörfer Gierstädt und Döllstädt kamen und um Abgabe von Kartoffeln bettelten (natürlich gegen die nicht Bezahlung von 30 bis 35 ℳ das Pfund), da wurden sie vielen Türen verwiesen.

† **Gotha**, 15. Sept. **Gothaer Kinder.** Mitglieder der „Neuen Schar" sind in der Schule zu Gotha zusammengekommen und auf dem Schulplatz entwickelt sich frohes Leben: Singen und Schwingen, fröhliche Gesichter der Kinder. Nur einige stehen abseits. „Nun, weshalb macht Ihr nicht mit?" fragt der freundliche Führer (Muck-Lamberth). „Ich darf nicht, mein Vater ist bei der Partei." — Und Du?" — „Ich darf nicht mit den Bürgerlichen spielen" usw. Da schlitzt der Führer seine Mäne und kreist: „Werkmeisterkinder Gotha! Wie ist manches schon passiert, aber so etwas noch nicht: Kinderspielund Partei — oder Partei wird zur Kinderei..."

Merseburg und Umgegend.

16. September.

Außerkraftsetzung der September-Zuckermarken.

Wie der Landrat des Kreises Merseburg im heutigen Anzeigenteile des „Korrespondenten" bekannt gibt, hat die Provinzial-Zuckerstelle in Magdeburg wegen Fälschung der Marken die Außerkraftsetzung der September-Marken mit dem 20. September angeordnet.

** **Noch weniger Zucker!** Die „Magdeburger Zeitung" berichtet: Soeben geht dem Wirtschaftsamt vom Oberpräsidenten (Provinzial-Zuckerstelle zu Magdeburg) die Mitteilung zu, daß die Zuckermenge für den Monat Oktober d. J. auf 375 Gramm herabgesetzt werden muß. Wir machen schon jetzt auf diese geringe Zuckerlieferung im Monat Oktober aufmerksam.

* **Neuer Rechtsanwalt.** Wie aus einer Anzeige in der heutigen Ausgabe hervorgeht, hat sich Rechtsanwalt und Notar Dr. Hannß aus Graß in Posen hier niedergelassen. Sein Büro befindet sich Oberaltenburgstraße Nr. 5.

** **Aufhebung des Prüfungsverfahrens für Kraftfahrzeuge.** Vor Zulassung von Kraftfahrzeugen zum öffentlichen Verkehr wurde bisher die Rechtmäßigkeit des Erwerbes des Kraftfahrzeuges ursprünglich vom Reichsversorgungsamt, dann vom Reichsschatzministerium und dessen Zweigstellen nachgeprüft. Es handelt sich dabei um ein Überbleibsel aus der Zeit der Staatsumwälzung und der Abrüstung der Heere, wobei, wie bekannt, eine große Zahl reichseigener Kraftfahrzeuge in unbefugten Besitz gelangt war. Der Reichsverkehrsminister Groener hat nunmehr die Verordnungen aufgehoben, die diese Prüfungsverfahren festsetzten. Diese Nachricht wird von allen Automobilisten freudig begrüßt werden; ist doch nun die mitunter recht lange Verzögerung im Zulassungsverfahren beseitigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200916-11/fragment/page=0002

** **Das Zweischennumskochen darf nicht in verzinkten Eisenkesseln erfolgen.** Die Tatsache, daß in den letzten Tagen mehrere Proben von Zweischennus wegen Mißfarbigkeit und schlechten Geschmackes dem Nahrungsmittelunterschungsamt Jena zur Untersuchung eingeliefert und als zinkhaltig befunden worden sind, gibt Veranlassung, erneut vor der Verwendung verzinkter Eisenkessel zum Muskochen zu warnen. Selbst wenn die hierbei gelöste Zinkmenge das Mus nicht immer unmittelbar gesundheitsschädlich machen sollte, so wird es doch wegen des oft sehr metallischen Geschmackes zum Genusse untauglich.

** **Prämien für Kartoffelbuddeln.** Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt: Im Vorstehen ist in vielen Gegenden die Beschaffung der Arbeitskräfte für die Kartoffelernte dadurch erleichtert worden, daß den Erntearbeitern eine Kartoffelprämie gewährt wurde. Die Reichskartoffelstelle hatte zu diesem Zwecke gestattet, daß die Arbeiter für jeden von ihnen gerodeten Zentner Kartoffeln bis zu 2 Pfund Kartoffeln erhalten bis zur Höchstgrenze von 5 Zentnern für jeden Kartoffelgräber und jeden seiner Haushaltsangehörigen. Nach Beschluß der parlamentarischen Körperschaften ist die Bevorratung der Speisekartoffeln mit Wirkung vom 15. September aufgehoben. Es darf erwartet werden, daß die Landwirte auch in diesem Jahre von ihrem Rechte, solche Ernteprämien zu gewähren, ausgiebigen Gebrauch machen, um dem herrschenden Mangel an Erntearbeitern abzuhelfen.

** **Eigenmächtige Öffnung bedeckter Wagen, sowie Entladung von Wagenladungen ohne Vorzeigung des Frachtbriefes ist strengstens verboten.** Es hat sich, wie uns bahnamtlich mitgeteilt wird, die Unsitte eingebürgert, daß Wagenladungen ohne Hinzuziehung des Gleisaufsichtsbeamten und Vorzeigung des Frachtbriefes an diesen, von den Empfängern entladen werden. Der Frachtbrief muß dem Gleisaufsichtsbeamten in allen Fällen vorgezeigt werden, auch wenn der Empfänger Stundungsnehmer ist. Letzteren ist nur gestattet, mit der Entladung vor Einlösung des Frachtbriefes beginnen zu können, wird aber hierdurch von der Verpflichtung der nachträglichen Vorzeigung des Frachtbriefes nicht entbunden. Das Gleisaufsichtspersonal hat strenge Weisung, gegen weiter vorkommende Verstöße scharf einzuschreiten.

** **Der Mieterschutz bleibt bestehen.** Amtlich wird folgendes bekanntgegeben: In der Presse wird vielfach die Besorgnis geäußert, daß die bestehende Mieterschutzgesetzgebung abgebaut und eine unbeschränkte Steigerung der Mieten zugelassen werden soll. Dies trifft nicht zu. Eine behördliche Regelung der Mieten wird vielmehr noch lange kunft eine Steigerung der Mieten nur insoweit zugelassen wird, als zur Deckung erhöhter Aufwendungen des Hausbesitzes für Unkosten und Verwaltung, insbesondere für öffentliche Abgaben, Gebühren und Reparaturen notwendig wird. Demgemäß bereitet das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf vor, welcher die Bemessung der Mieten regelt und eine unberechtigte Steigerung der Mieten, auch für die Zukunft, verhindern soll. Die Einigungsämter sollen auch in Zukunft bestehen bleiben und die Entscheidung über die Höhe der Mieten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen behalten. — Die hier erwähnte Auffassung in der Öffentlichkeit war, wie aus Berlin geschrieben wird, durch eine wohl recht ungeschickte Pressenotiz des Arbeitsministeriums selbst hervorgerufen worden, in der davon die Rede war, daß der Mieterschutz nicht mehr allzu lange aufrecht erhalten lasse. In der obigen Notiz ist mit Recht ausgesprochen, daß der Mieterschutz noch auf lange Zeit hinaus notwendig sein wird.

** **Der Reichskanzler über den deutschen Männergesang.** Reichskanzler Fehrenbach, der, ehe er Kanzler wurde, u. a. auch im badischen Männergesang eine führende Rolle spielte, ist von der Weimarer Liedertafel zum Ehrenmitglied ernannt worden. Daraufhin hat er bei einem Besuch in Weimar am Sonntag eine Rede gehalten, in der er besonders hinwies, daß in unserer jetzigen armen Zeit, in der voraussichtlich noch viele Kunststätten zum Stillstand verurteilt werden würden, der Männergesangverein die Aufgabe habe, die Kunst zu pflegen und das deutsche Lied zu erhalten. Der Ernst der Zeit werde in weiten Bevölkerungskreisen anscheinend noch nicht richtig gewürdigt.

** **Das Zweiklassensystem bei den deutschen Eisenbahnen.** In der letzten Zeit hat sich die Presse häufiger mit der Frage der Vereinfachung des gegenwärtigen Vierklassensystems, unter Zurückführung der Wagenklassen auf eine Holz- und eine Polsterklasse, beschäftigt. Dabei tauchte wiederholt die Angabe auf, daß seitens der Reichseisenbahnen ein bestimmter Zeitpunkt, etwa der 1. Juli 1921, für die Durchführung der Maßnahme bereits in Aussicht genommen sei. Wie die Pol. Korr. Nachr. von unterrichteter Seite erfahren, trifft dies nicht zu. Über die Einstellung des Zweiklassensystems sind von den Reichseisenbahnen noch keine Beschlüsse gefaßt. Es sind daher auch Mitteilungen über die Wirkungen derselben, die auf technischem und tarifischem Gebiet infolge der Neuerung eintreten könnten, unrichtig.

** **Benutzung von Schnellzügen durch Militärpersonen.** Die Benutzung von Schnellzügen auf Militärfahrkarten bei Reisen unter 150 Kilometer wird mit sofortiger Gültigkeit aufgehoben. Bei Entfernungen über 150 Kilometer können Urlauber und dienstlich reisende Militärpersonen die Schnellzüge zum Militärfahrpreis gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlages benutzen, wenn ihre Ausweise entsprechenden Vermerk tragen. Die Fahrt in Eilzügen ist ohne Einschränkung gestattet.

** **Der Kreisverband der Obst- und Gartenbauvereine Merseburg** schreibt uns: Wie wir aus dem Presseberichte über die letzte Stadtverordnetensitzung vom 13. d. Mts. ersehen, ist die von uns zu Prämiierungszwecken erbetene Beihilfe für unsere vom 9. bis 11. Oktober d. Js. stattfindende Obst- und Gemüseausstellung abgelehnt worden. Um zu verhindern, daß die von einer Seite nach dem Bericht geäußerte Ansicht zu einer falschen Auffassung über die Zwecke und Ziele unseres Verbandes in der breiten Öffentlichkeit führt, legen wir darauf Wert, festzustellen, daß unser Verband satzungsgemäß lediglich die Förderung des Obst- und Gemüsebaues im Kreise bezweckt, also gemeinnützige Zwecke verfolgt. Als Mittel hierzu soll u. a. die Obst- und Gemüseausstellung dienen, die nur von Mitgliedern der dem Verband angeschlossenen Obst- und Gartenbauvereine beschickt werden darf. Die bei den in Frage kommenden öffentlichen Körperschaften erbetenen und zum Teil auch bereits bewilligten Beihilfen sollen dazu benutzt werden, durch Prämiieren besondere Leistungen von Obst- und Gemüsezüchtern hervorzuheben und andere zur Nachahmung anzuspornen. Für den mit der Ausstellung verbundenen Obstmarkt, der auch von Nichtmitgliedern beschickt werden kann, finden Beihilfen keine Verwendung. Der Verband hat dem gerade in unserer Zeit sehr wichtigen Kleingartenbau sein besonderes Interesse zugewandt und dementsprechend bewirkt, daß sämtliche Schrebergartenvereine im Kreise ihm beigetreten sind, die sich auch an der Ausstellung beteiligen werden.

** **Vortragsabend im Schützenhaus.** Der Vortragsabend am Mittwoch gewährte einen interessanten Einblick in das Schaffen der hier so erfolgreich tätigen Musiklehrerin Frau Professor Dr. Kelbe-Postler. Wer die Schülerabende von Anfang an besucht hat, der wird wohl gemerkt haben, daß zwar derselbe Geist in diesen Veranstaltungen waltet, daß aber durch Lehren und Erfahrungen die ganze Art der Aufmachung und die Führung der Vortragsfolge in dem jetzt der Jahre ganz bedeutend gewonnen hat, so daß jetzt ein solcher Kelbe-Postlerscher Schülerabend ein Genuß für Auge und Ohr und eine Freude für Herz und Gemüt ist. Die bewährte Lehrerin, die selbst die Begleitung am Klavier und Harmonium übernommen hatte, wurde von ihren dankbaren Schülern durch Überreichung von Blumen und eines prächtigen Kranzes geehrt. Der Abend mit seinem überaus reichen und sehr geschickt zusammengestellten Programm bekam durch die vorzüglichen Darbietungen des Salon-Orchesters, die Reigen und Tänze, die ganz ausgezeichnet klappten, und teilweise auch durch die Gesangsvorträge einen ganz besonderen Reiz. Mit Genugtuung kann Frau Kelbe-Postler auf die wohlgelungene Veranstaltung zurückblicken, die auch ganz hübsch besucht war und ihr durch die lebhaften Beifallsbezeugungen den Anteil und die Freude der Zuhörer zeigte, und es ist zu hoffen, daß der am Freitag den 17. d. Mts. angesetzte zweite Vortragsabend, der wieder im Schützenhause stattfindet, recht zahlreich besucht wird. Jeder, der künstlerisches Streben und frische Jugend liebt, wird an den Vorträgen seine Freude haben.

Prof. Fischer.

** **Die Vereinigung der Wohnungsuchenden** lädet alle Interessenten in Merseburg zu einer Versammlung ein, die am Freitag, abends 7 Uhr, im Casino stattfindet. Vergl. Anzeige.

** **Über die Wirtschaftslage Deutschlands** spricht am Freitag abend im Casino Dr. Hans Martin Elster-Berlin. Der Vortragsabend wird von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur veranstaltet. Vergl. Anzeige.

*

Vorsicht bei der Waffenabgabe.

Am 15. September hat die freiwillige Waffenablieferung im Reiche begonnen. Es muß deshalb an alle Ablieferungspflichtigen wie auch an die mit der Annahme Beauftragten die Mahnung ergehen, beim Umgang mit Waffen und Munition größte Vorsicht walten zu lassen, um Unglücksfälle zu verhüten. Insbesondere muß jeder, der Schußwaffen zur Ablieferung bringen will, sich vor dem Gang zur Ablieferungsstelle vergewissern, daß die Waffen nicht geladen sind. Ganz besondere Vorsicht ist bei Hand- und Gewehrgranaten, bei Zündern, sowie bei jeder Artillerie- und Minenwerfermunition geboten. Wer selbst Waffen und Munition nicht zu behandeln versteht, solle sich an Leute wenden, die im Kriege damit umzugehen gelernt haben.

*

Wanderung durch Alt-Merseburg.

Einen Glanzpunkt Merseburgs galt es gestern zu besichtigen: unser Schloß. Wieder hatte Lehrer Dretzlen die Führung übernommen und gab die Erklärungen dazu. Er machte aufmerksam auf den herrlichen Anblick, den das Schloß, besonders der Schloßhof, jedem bietet, sei es im freundlichen Morgenlichte oder in milder Abendbeleuchtung. Wieder kommt der tiefe Eindruck, den das Schloß hinterläßt. Der Beschauer sieht, daß das Bauwerk nicht auf einmal entstanden ist, sondern daß Jahrhunderte an ihm gearbeitet haben. Aber auch die Ereignisse deutscher Geschichte sprechen bei dem Entstehen des Schlosses ein bedeutungsvolles Wort mit. Alle Einzelheiten klingen zusammen zu schönster Harmonie; Kunst und Geschichte gehen Hand in Hand. Als einst König Heinrich I. diese Stätte betrat, fand er ein hölzernes Kirchlein vor, an dessen Stelle er ein steinernes Gotteshaus erstehen ließ. Otto I., sein großer Sohn, gründete ein Bistum und baute sich einen Palast. Heinrich II. endlich ließ unseren jetzigen Dom erstehen. Freilich nur Krypta und Türme haben sich bis heute erhalten, die übrigen Teile haben im Laufe der Jahrhunderte manche Wandlung erfahren müssen. Thilo von Trotha, dem Merseburg so vieles zu verdanken hat, ließ sich neben dem Umbau des Domes auch den Bau eines Bischofspalastes angelegen sein. Es ist der jetzige Ostflügel des Schlosses. Hier ist auch Thilos Wappen angebracht, daneben das Stiftswappen mit den zum Gebet erhobenen Händen. Seine Nachfolger, Adolf von Nassau, Vincenz von Schlewitz und Sigismund von Lindenau, haben andere Teile des Schlosses, besonders den Westflügel, erstehen lassen. Von Thilo stammt das schöne Portal an der Nordseite, über dem der König David mit der Harfe zu sehen ist und das Bibelwort steht: „Setze dich zu meiner Rechten.“ Die Bauart des Westhauses steht unter dem Einfluß der Renaissance. Das dem Uhrturm am nächsten gelegene Portal hat, der Inschrift zufolge, Sigismund von Lindenau erbauen lassen. Geschmückt ist es mit den Bildern des heiligen Laurentius und Johannes des Täufers. An Michael Sidonius, den letzten Merseburger Bischof, erinnert das Bild des Erzengels Michael. Den beiden Flügeln fehlte aber der rechte Zusammenhang, besonders waren sie mit der Domkirche nicht verbunden. Diese Verbindung kam durch den kunstsinnigen Baumeister Johann Georgs von Sachsen zustande, durch Melchior Brenner. Ihm verdankt der Ostflügel den schönen hölzernen Verbindungsgang nach der Kirche. Freilich kam dadurch ein Altarfenster in Fortfall, weswegen sich Brenner die Ungnade der hohen Räte zuzog. Meisterwerke sind aber der Erker an der Nordseite mit den Voluten-bändern, dem Fries mit Masken und Früchten und das prächtige Portal in demselben Flügel mit den Säulen und Reliefs. Auch hier die beiden Heiligen, Laurentius und Johannes. Die Spitze im Turm des Ostflügels ist ebenfalls ein Meisterwerk der Bildhauerkunst mit prächtigem, reicherzierterem Fries. Wenig beachtet ist die Wendeltreppe, die im Nordostturm hinaufführt. Auch sie entstammt der Werkstatt Meister Michael Brenners, wie sein angebrachtes Steinmetzzeichen es angibt. Kein anderer als der große Maler Adolf v. Menzel hat voller Bewunderung an dieser Treppe gestanden. Beachtenswert ist auch der Erker am Ostflügel, der etwa 1650 entstanden ist, und endlich der herrliche Brunnen mit reicher Aufschmückung. So fügen sich die einzelnen Teile des Schlosses zu großartigster Gesamtwirkung zusammen, wozu die Türme und zahlreichen hohen Giebel nicht wenig beitragen. — In acht Tagen soll nunmehr die Besichtigung des Domes in seinem Innern stattfinden. Hoffentlich ist auch da der Besuch ein so guter wie bisher!

*

Die Ernte im Deutschen Reiche.

Das Statistische Reichsamt stellt in seiner für Anfang September aufgestellten Übersicht fest, daß die Getreideernte bei Abgabe der Berichte bis auf Reste von Weizen und Hafer gut geborgen war. Die Haferernte war vor Beginn des regnerischen Wetters zum größten Teil beendet.

Die Urteile über den Ernteertrag gehen je nach dem Witterungsverlauf in den einzelnen Gebieten ziemlich weit auseinander, halten sich aber im großen und ganzen noch über dem Mittel. Die Erträge der Frühkartoffeln blieben ziemlich häufig hinter den Erwartungen zurück. In manchen Gegenden haben auch die späteren Sorten erst unter Trockenheit, dann unter dem besonders nachts sehr kühlen Wetter gelitten, so daß das Kraut vorzeitig abzusterben begann, im allgemeinen erhofft man aber von der in letzter Zeit gefallenen Niederschlägen eine günstige Einwirkung auf die weitere Entwicklung der Knollen. Stellenweise macht sich infolge übergroßer Nässe bereits Fäulnis bemerkbar. Auch den Zuckerrüben dürften die Niederschläge gut zustatten kommen.

*

Die Erneuerung des Postbezuges für das letzte Vierteljahr

soll nach einer Verfügung des Reichspostministeriums in der Zeit vom 15. bis 20. September stattfinden. Damit die pünktliche Zustellung unseres Korrespondenten keine Unterbrechung erfährt und die ordnungsmäßige Bearbeitung durch die Postanstalten ermöglicht werden kann, bitten wir sämtliche Postbezieher in ihrem eigenen Interesse, die Bestellung nicht am letzten Tage zu erledigen, sondern sofort beim zuständigen Postamt vorzunehmen.

*

Tageskalender.

Donnerstag: Vortragsabend der Ortsgruppe Merseburg der Deutschen demokratischen Partei im Gasthof zur „Grünen Linde“. Thema: Reichsnotopfer und Steuerfragen. (Abends 8 Uhr).
Bund der techn. Angestellten und Beamten: Versammlung im Ratskeller (8 Uhr).

Freitag: Besprechung zwecks Gründung einer Dramatischen Arbeitsgemeinschaft (Jugend- und Volksbühne) im Herzog Christian. Beginn 8 Uhr abends.
Zweiter Vortragsabend der Musikschule Kelbe-Postler im Neuen Schützenhause. 7½ Uhr abends.
Versammlung des Vaterländischen Frauenvereins Merseburg-Land in Müllers Frembenhof. Anfang 12 Uhr mittags.
Öffentlicher Vortrag im Casino über die Wirtschaftslage Deutschlands. Anfang 7½ Uhr.
Vereinigung der Wohnungsuchenden: Versammlung im Casino. Beginn 7 Uhr abends.

§ **Lützen**, 16. Sept. Eine Berliner Korrespondenz meldet, Nietzsches letzte Ruhestätte soll, wie von verschiedenen Seiten Deutschlands erzählt wird, in einem erbärmlichen Zustande sein. Sie befindet sich bekanntlich in seinem Geburtsort Röcken bei Lützen. Das Dorf ist zu arm, um die Grabpflege zu übernehmen, der Friedhof überhaupt ungepflegt, überall wuchert Unkraut. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um den unwürdigen Zustand der letzten Ruhestätte eines der größten Deutschen zu beseitigen. Das Grab macht, so schreibt ein Besucher, jetzt den Eindruck eines verfähtischen Friedhofs.

§ **Schkeuditz**, 16. Sept. Große Hoffnungen in bezug auf wesentliche Erweiterung des Verkehrs zwischen den Großstädten Halle und Leipzig werden auf die Elektrisierung der Staatsbahnstrecke kam der Krieg nicht, die Bahn wäre gewiß im Vollbetrieb, da die Vorarbeiten so gut wie abgeschlossen waren. Nun, da das wirtschaftliche Leben sich wieder zu heben beginnt, ist auch der Ausbau der Linie Halle-Leipzig zur Elektrisierung wieder in Angriff genommen worden. Bekanntlich erfolgt der Ausbau von Leipzig aus und ist hier die Strecke Schönefeld-Wahren jetzt so weit vorgeschritten, daß am Mittwoch Probefahrten stattfinden konnten. Diese Strecke dient dem Güterverkehr.

Mücheln und Umgegend.

§ **Querfurt**, 16. Sept. Montag abend wurde dem Kaufmann Kuckenburg von durchziehenden Zigeunern ein Ballen Kleiderstoffe im Werte von 1000 M gestohlen. Es ist dies nicht der erste Fall. Vor kurzem wurde ebenfalls ein Kaufmann bestohlen. Diese Vorfälle sind eine Warnung, damit in Zukunft, wenn Zigeuner den Laden betreten, scharf aufgepaßt wird.

§ **Aus dem Kreise Querfurt**, 16. Sept. Anordnung betr. Wiederschutz. Der Landrat in Querfurt gibt bekannt: Auf Grund der dem Kreisausschuß vom Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg übertragenen Befugnis ordne ich hiermit für den Kreis Querfurt mit Ausnahme der Städte Lauchа, Nebra und Querfurt an: 1. daß bis zum 30. September 1921 Klagen auf Räumung von Wohnungen nur mit Zustimmung der zuständigen Kreismieteinigungsämter angestrengt werden dürfen; 2. daß die Vollstreckung von Räumungsurteilen, entweder unter Verfügungen und Verzeichnis vorläufig bis zum 30. September 1921 von der Zustimmung der zuständigen Kreismieteinigungsämter abhängig ist. Die Zustimmung muß erteilt werden, wenn der Schuldner mit der Mietzinszahlung schuldhafterweise in Verzug ist oder für ihn ein anderes geeignetes Unterkommen beschafft ist.

Turnen — Spiel — Sport.

Mit der Erhöhung der Zahl der Ligavereine auf 10 beschäftigte sich am vergangenen Montag in Halle der Kreisvorstand. Nachdem nach Abvolvierung von zwei Runden der ausgetragenen Verbandsspiele und des inzwischen eingetretenen Beginnes der Ligaspiele noch immer keine Entscheidung gefallen und bei Beibehaltung des bisherigen Modus eine übermäßige Verschleppung der Entscheidung nicht ausgeschlossen ist, wurde nach eingehender Besprechung mit den für den Aufstieg in die Liga in Frage kommenden, an dieser Stelle von uns bereits bekannt gegebenen Vereinen endgültig folgendes festgelegt: Am kommenden Sonntag haben Preußen-Halle und Sportvereinigung Wittenfels zum Bezirksspiele in Halle anzutreten. Es wird bis zur Entscheidung gekämpft; der Sieger rückt ohne weiteres als neunter Verein in die Ligaklasse auf. Der unterlegene Verein spielt dann acht Tage später gegen den V. f. B.-Bitterfeld, und der Gewinner dieses Kampfes wird der zehnte Ligaverein. Damit dürfte bis längstens 26. d. Mts. die beschlossene Ergänzung der Ligaklasse des Saalekreises vollzogen sein.

Die Ligareserve des V. f. L.-Merseburg

erfährt jetzt endlich die schon längst so dringend notwendige Verstärkung. Von geeignetem Spielermaterial hat es dem V. f. L. zwar nie gemangelt, nur erwies sich die Aufstellung dieser Mannschaft bisher stets als verfehlt. Auch der kommende Sonntag, an dem die Ligareserve ihr erstes Verbandsspiel der neuen Serie auszutragen haben wird, kann die Elf infolge widriger Verhältnisse noch nicht in voller Stärke antreten, wird dafür aber acht Tage darauf zum nächsten Pflichtspiele mit einer Besetzung in den Kampf ziehen, die ihr die besten Aussichten eröffnet und auf gute Erfolge unseres V. f. L. auch in der Ligareservekasse zeichnen läßt. Hand in Hand mit dieser Verstärkung der Ligareserve geht naturgemäß auch die Erhöhung der Spielstärke der übrigen Mannschaften unseres Ligavereins.

Förderung der Leibesübungen in den Schulen.

Das preußische Kultusministerium gibt in seinem Amtsblatt die Erlasse der Schulbehörden über die Förderung der Leibesübungen bekannt. An den höheren Schulen wird eine weitere Turnstunde von der zweiten Klasse ab eingerichtet, an den Elementarklassen ein 15 Minuten dauerndes Erholungsturnen. Die Spielnachmittage werden auf das ganze Jahr ausgedehnt, die Spielabteilungen verkleinert. Die Tagesausflüge sollen vermehrt werden, insbesondere an schulfreien Tagen, um auf Wanderungen die Schüler mit der Heimat vertraut zu machen. Das Schwimmen soll eine stärkere Förderung erfahren. Schulmustersiele sind vorgesehen. Die Mädchen, die höhere Knabenschulen besuchen, werden zu besonderen Mädchenturnabteilungen zusammengefaßt. Der Turnunterricht an den Volksschulen ist durch lehrplanmäßige Turnstunden für Knaben und Mädchen neu zu belegen. In den drei ersten Schuljahren werden jeden Vormittag einmal einfache Leibesübungen in die Schulstunden eingeschaltet. Vom 5. Schuljahre ab gibt es Spielnachmittage, zu deren Besuch alle Kinder verpflichtet sind. Als normale Spielzeiten gelten 2—3 Stunden. Mit aufgeleiteten Vereinen für Leibesübungen ist Fühlung zu nehmen, gegen den Beitritt der Schüler zu den Jugendabteilungen solcher Vereine ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Für Wettspiele können einfache Preise ausgesetzt und besondere Tage dafür freigegeben werden.

△ **Hockeysport.** Am 11. und 12. September tagte in Dessau der Kreis Magdeburg des M. T. V. und konnte einen erfreulichen Aufschwung auf 23 Vereine mit 666 Mitgliedern feststellen. Die Provinz Sachsen ist somit der größte Kreis im M. T. V. geworden. Als wichtigster Punkt der Tagung war die Frage nach Pflichtspielen abschließend beschieden worden und es besteht im Hockeysport nicht die Gefahr der Kommerzialisierung durch die Punktsiegel. Ein repräsentatives Spiel Halle—Dessau—Magdeburg brachte den nicht erwarteten Sieg der kombinierten Städtemannschaft Halle-Dessau mit 4:2 Toren vor einer größeren Zuschauermenge. Einige gesellige Stunden beschlossen die Tagung. In allernächster Zeit wird, wie an dieser Stelle schon gewünscht, auch Merseburg den Hockeysport aufnehmen und zu diesem Zwecke ein Merseburger zweier kombinierter Mannschaften von auswärts vorführen. Alle Tennisspieler und Leichtathleten, sowie Ruderer sollten sich dem Hocken als Wintertraining zuwenden. Näheres über das Spiel folgt durch die Zeitung.

△ **Drei Stipendien für die Hochschule für Leibesübungen.** Der Deutsche Fußball-Bund hat der Deutschen Hochschule für Leibesübungen drei Stipendien von je 500 M für jedes Semester bis auf weiteres gestiftet, die an Bestfördernde der Hochschule, sofern sie Mitglieder eines dem Deutschen Fußball-Bunde angeschlossenen Vereins sind, durch den Senat zur Verteilung gelangen werden.

△ **14 000 Sieger der Reichsjugendkämpfe.** Die Reichsjugendwettkämpfe des Jahres 1920 haben eine ganz außerordentliche Entwickelung genommen, die statistischen Erhebungen hierüber sind noch nicht ganz abgeschlossen, bislang sind seitens des Reichsausschusses allein über 14 000 Siegerurkunden ausgestellt und versandt worden.

Vermischte Nachrichten.

* **Der erste Tag der Waffenabgabe in Berlin.** In 25 verschiedenen Abgabestellen, die sich über Groß-Berlin verteilen, hat gestern die seit Monaten durch Tausende von Plakaten angekündigte Waffenabgabe durch die Zivilbevölkerung im Landespolizeibezirk Berlin begonnen. Das Resultat des ersten Tages ist im Hinblick auf die hohen Belohnungen als recht mäßig zu betrachten. Der Norden und Moabit zeigte die geringste Ziffer, während im Süden und im Westen zahlreiche Gewehre und Revolver abgeliefert wurden. Am regsten war die Ablieferung im Zentrum Berlins, wo sogar einige Maschinengewehre zur Abgabe gelangten. Die abgelieferten Waffen befinden sich vorläufig in Verwahrung der Sicherheitspolizei und werden täglich den Hundertsepots zugeführt.

* **25 Jahre Berliner elektrische Straßenbahn.** Auf ein 25jähriges Bestehen kann jetzt die erste elektrische Straßenbahn Berlins zurückblicken. Am 10. September 1896 nämlich wurde die von Siemens und Halske erbaute elektrische Straßenbahn zwischen Mittelstraße-Gesundbrunnen dem Verkehr übergeben; sie wurde später bis Pankow verlängert.

* **Ein schwedisches Riesenfloß verunglückt.** Die erwartete Katastrophe des schwedischen Riesenflosses, das von Oxelösund nach Amsterdam unterwegs ist, ist da. Das Angetrieb verließ die Elbmündung noch in vollem Zusammenhange, die eisernen Fesseln haben sich aber schon bedenklich gelockert. Vor der Insel Neuwerk ist es anscheinend auf Sandtiefen geraten und völlig auseinandergerissen worden. Der über 6 Meter hohe Holzbau stürzte zum größten Teil zusammen und Tausende von mächtigen Baumstämmen — das Riesenfloß bestand aus über 140 000 Stämmen — schwimmen durcheinander im Meere. Sie verserren die Elbmündung und ziehen einzeln weiter in das offene Meer. Bei den Inseln Neuwerk und Scharhörn hat sich ein Teil des Holzes festgesetzt und wird nach Möglichkeit geborgen, ein anderer Teil steuert beiden Ebnfuern zu. Die Schiffahrt ist stark gefährdet.

491] **Außerkraftsetzung der September-Zuckermarken.**

Die Provinzial-Zuckerstelle in Magdeburg hat wegen Fälschung der Marken die **Außerkraftsetzung der September-Marken mit dem 20. September** angeordnet.

Merseburg, den 16. September 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Wöhner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen und Reklamenteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Mauz, Berlin-Wilmersdorf, Lauchstädter Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Wöhner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200916-11/fragment/page=0003

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, sofern jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärtigen Blättern.

Verlobt.
Ernst Buckenauer, Hoyerswerda, mit Martha Lohmeyer geb. Stammer, Friedeburg.

Gestorben.
Halle: Glaser Joh. Hammelmann (21 J.)

Gut möbl. Wohnung
gesucht. Angebote unter 2148 an die Exped. d. Bl.

---

1 bis 2 möbl. Zimmer
von besserem Herrn gesucht. Ang. unter 2047 an die Exp. d. Bl.

Beamter sucht zum 1. Oktober
möbliertes Zimmer.
Ang. unt. 2120 an die Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer (wenn möglich mit voller Pension) von jungem Kaufmann sofort gesucht. Angebote unter 2137 an die Expedition d. Bl.

Brautpaar sucht **möbl. Wohnung** od. 2 Zimmer mit Kochgelegenheit. Offerten nach **Halle**, Rudolph-Hahn-Straße 36, bei Steffens.

In Neu-Rössen
möbl. oder unmöbl. Zimmer
gesucht. Angebote an Firma **G. Zimmermann**, Pft.-Leuna-W.

Gut möbliertes Wohn- und Schlafzimmer
sowie Küche, möglichst mit Mädchenzimmer (Wäsche und Geschirr wird gestellt) sofort oder 1. Oktober von Ehepaar gesucht. Preis Nebensache. Angebote unter 2142 an die Exped. d. Bl.

Junger Mann sucht ab 1. 10.
einfach möbliertes Zimmer.
Ang. unt. 2144 an die Exp. d. Bl.

Kaufmann sucht sofort
1 bis 2 gut möblierte Zimmer
im besseren Hause. — Angebote unter 2146 an die Exp. d. Bl.

Anständ. jung. Mädchen sucht
leeres Zimmer.
Ang. unt. 2149 an die Exp. d. Bl.

In Neu-Rössen
vorübergehende Schlafstelle
möglichst mit Pension für 10jähr. Jungen gesucht. Angebote an **Huzenlaub, Leuna-Werke.**

Wohnungstausch
Lauchstedt-Merseburg gesucht. Ang. unt. 2151 an die Exp. d. Bl.

Suche mittleres Hausgrundstück
zu kaufen. Angebote an **Richard Haak**, Sand 16, 2 Tr.

Suche kleines Haus
in Merseburg oder Umgebung sofort zu kaufen. Angeb. unter 2145 an die Exped. d. Bl.

Schreibmaschine
sofort zu kaufen gesucht. Angebote erb. unt. Nr. 2136 a. d. Exp.

Chaiselongue
zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter 2150 an die Expedition dieses Blattes.

Eine Matratze
(95×185 cm) zu kaufen gesucht. Offerten an **Blaschak, Neu-Rössen**, Mittelstraße 6.

Achtung!
Kaufe und verkaufe laufend Rassehunde.
Angebote mit Preis an **Ludwig Storch**, Weißenfels a. S., Lessingstr. 7, pt.

Einige 100 Zentner Kartoffeln
zu kaufen gesucht. Ang. mit Preisangabe unter 2134 an die Exped.

Jeden Posten
alte Zeitungen
kauft auf
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Heu
kauft jeden Posten Kaninchenzüchter-Verein Frankleben. Ang. an **Th. Schmidt**, Runstedt.

Sehr gut erhaltener dunkelblauer **Anzug** sowie **Übergangsmantel**, passend für mittlere schlanke Figur, zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Ueberzieher (fast neu), Bettstelle (neu), Tisch, Stühle, Schrank, Bilder
sofort zu verkaufen
Große Sixtistraße 18.

Am 12. September verschied der langjährige Angestellte unserer Abteilung für Sterbekassen und Kinderversicherungen

Herr Willy Ockler.

Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen einen Mitarbeiter, der durch sein ruhiges, bescheidenes Wesen und seinen Fleiss sich stets die Anerkennung aller erworben hat.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Die Direktion und Angestellten der „Iduna", Lebens-, Pensions- u. Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft zu Halle a. S.

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen nur auf diesem Wege unseren innigsten Dank.
Merseburg, den 16. September 1920.
Familie Ockler.

Laden
in günstiger Geschäftslage per sofort zu mieten gesucht. Angeb. unter 2088 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Freiwill. Versteigerung.
Sonnabend, den 18. d. M., von 1/2 10 Uhr vorm. an, werde ich im **„Thüringer Hof"** hier folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern, als:
1 Piano (Ritter), 1 Mahagoni-Bettsofa mit Marmorplatte, 1 Nußbaum-Waschtisch mit Marmorplatte, 1 Nußbaum-Spiegelschrank, Nußbaum-Damen-Frisiertoilette, 1 großer Stahltisch, 1 Plüschsofa, 6 gepolsterte Plüschstühle, 1 ov. Tisch, 1 Schrank, 1 Teppich, 1 Ziehlampe, 2 Spiegel mit Konsole und Marmorplatte (davon einer mit 2 1/2 m hoher Spiegelscheibe im Werte von 1500 Mk.), versch. Bilder, bin. hölz. und eis. Bettstellen m. Matratze, 1 Kommode, mehrere Stühle, 1 Chaiselongue, 1 Regulierofen, 1 Schneidernähmaschine, 1 Schneiderpuppe, 1 Badewanne, 1 Kindernähmaschine, 2 Taschenuhren, 1 Gaslampe, 1 Fahrrad (Doppelsitzer), div. Kleidungsstücke, Bettbezüge, Kissen und Gardinen, zirka 10 m lange Treppenläufer sowie versch. andere Wirtschaftsgegenstände.
Besichtigung 1 Std. vorher. **Alb. Franke**, beeid. Auktionator.

Nur Freitag : kaufe alte und zerbrochene künstl.
Gebisse u. Zähne
zu konkurrenzlosen Preisen.
Zahle **pro Zahn bis Mk. 12.—**
Ankauf von 10 Uhr bis 5 Uhr im
Hotel „Goldene Sonne", 1 Treppe, Zimmer 1.
Ungenierter Eingang. **Schnellhardt.**

Drucksachen jeder Art
für Geschäfts- und Privatbedarf sowie Broschüren, Formulare, Zeitschriften, Kontobücher usw. liefert bei billigster Preisstellung in moderner u. geschmackvoller Ausführung
Buch- und Akzidenz-Druckerei
Th. Rössner, Merseburg S.
Kleine Ritterstrasse 3
Setzmaschinen-Betrieb — Eigene Buchbinderei

In einer Auswahl von 40 Stück erstklassige, belgische und dänische
Arbeits-
sowie holsteiner und ostfriesländer
Wagen-Pferde
(darunter 1a Zuchtstuten), eingetroffen.
H. B. Kremmer Nchflg., Fa. L. Nürnberger,
Hallesche Straße 10/12. : Merseburg. : Fernsprecher 28.

Von Sonnabend, d. 18. d. M., ab steht wieder ein großer Transport der besten
ostfriesischen Kühe und Färsen
sowie schöne
Zuchtbullen
bei mir zum Verkauf.

H. Heydenreich, Crumpa b. Mücheln.
Telephon 39. — Telephon 39.

Damen Halbschuhe (Gr. 39) fast neu, **Gebrauchte Kinderschuhe** (Gr. 34) zu verk. **Geraftr. 3**, pt.

---

2 große, gebrauchte, eiserne Stubenöfen, 4 eiserne Heuraufen (passend für Pferde), 1 freistehender Abort zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Zu verkaufen:
2 Bettstellen mit Patentmatratzen, 2 Stühle, 1 Nachttisch, 1 pol. Schrank mit Wäscheabteil.
Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Eine Eisenbahn
in gutem Zustande zu verkaufen. **Löther, Weißenfelser Str. 8.**

Klappwagen ohne Plane
verk. billig **Neumarkt 21**, Bäck.

Ein Kinderwagen
zu verkaufen **Sand 20**, 2 Tr., l.

---

100 Zentner Grummet
hat abzugeb. **Leipziger Str. 78 a**

Futterrüben
wieder eingetroffen.
Fr. Freygang, Gr. Ritterstr. 7
Telephon 424.

Ia Räucheraal Bücklinge
sowie sämtl. and. Räucherwaren.
Pa. Räucherheringe
:: aus eigener Räucherei ::
(Schotten, Sloe) empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen (auch Postversand)
C. D. Nehls,
Fischräucherei u. Konservenfabrik
Berlin N 4, Chausseestr. 27

Frisch eingetroffen:
Ia Blumenkohl, Möhren, Zwiebeln.
Gemüsebau Rischmühle.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol
100000 fach bewährt
Preis M 3.90
Drogerie Atzel.

A. O. André
Halle a. S.
Wörmlitzer Strasse 12
Fernruf 1193
Wein- und Feinkost-Versandhaus
Seit kurzem versende ich meine herrlichen
Halloren-Würstchen
(in Dosen konserviert) nach Halberstädter Art wieder und kann ich Ihnen darin viel bieten. Verlangen Sie bitte sofort Preisliste.

Quittungsbücher für Miete, Zinsen, Pacht
hält vorrätig
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Vereinigte Theater.
Kammer-Lichtspiele
Kleine Ritterstrasse
— Nr. 3. —
Telephon 529.
Modernes Theater
Grosse Ritterstrasse
— Nr. 1. —

Programme von Freitag bis Montag

Kammer-Lichtspiele
Das Rätsel von Bangalor.
Der grosse indische Liebesroman, der uns einen Einblick in die japanischen Teehäuser und ihre Geheimnisse gewährt. — Indische Paläste wechseln mit japanischen Landschaften. Amerikanische Wolkenkratzer versetzen die Zuschauer durch ihre gigantische Masse in atemberaubende Erregung.

Modernes Theater
Der Fackelträger.
Gewaltiges Drama in 5 Akten. In der Hauptrolle die bedeutende Filmkünstlerin **Asta Nielsen.**
Das Gebot der Liebe.
Filmschauspiel in 5 Akten mit der reizenden Tochter der Mia May, **Eva May.**

In beiden Theatern auserlesene prächtige Beiprogramme.
Sonntag ab 5 Uhr große Jugend- und Kinder-Vorstellung.
Ab 4 1/4 Uhr Vorstellungen für Erwachsene.

Merseburg und Umgegend.
Freitag, den 17. u. Sonnabend, den 18. September im Gasthof zum Thüringer Hof
Verkauf von Schuhwaren.
Gute Lederwaren. Solide Preise.
Verkaufszeit von früh 9 Uhr bis abends 7 Uhr.
Ernst Künzer, Weißenfels.

Ich bin von Grätz (Posen) als **Notar** nach Merseburg versetzt. Gleichzeitig bin ich am Amtsgericht in Merseburg als
Rechtsanwalt
zugelassen worden. Mein Büro ist
Obere Burgstraße 5
bei Tischlermeister Schenk — Fernruf 565.
Dr. Hannß, Rechtsanwalt u. Notar.

Chesterfield-Sport-Zigaretten
Camel, Happi Hit, T. u. B.
Karl Gimpel, Halle a. S., Poststraße 6.

Schwere und leichte Fuhren!
aller Art werden angenommen.
Max Weber, Breite Str. 20.

Alte ausgelaufene
FUSSBOEDEN
für Fabriken, Wohn- und Geschäfts-Häuser erneuert man vorteilhaft mit
LINOL-BELAG
fugenlos, staubfrei, feuersicher, leicht zu reinigen. Jede Auskunft, sowie Referenzen, Kostenanschlag und Muster kostenlos.
Deutsche Linol-Fußboden-Fabrik
Robert Friedrich, Leipzig-Pl.,
Nonnenstr. 30. — Tel. 40120.

Roßhaar-Besen
Schrubber
Scheuer-Bürsten
in allen Größen sehr preiswert
Annenstr. 11, I
Sixtiberg 8, I

Mein Gardinenhüll
Zellstoffgewebe, **Meter 2 Mk.** mit bunter Kante Meter 3 Mk., erspart vollständig die teuren Gardinen.
Versand gegen Nachnahme.
Eock, Halle a. S., Krausenstraße 11 I.

Dienstmädchen erhält,
wer die Unstrut-Zeitung, Laucha, zur Insertion benutzt.

Briketts
frei Haus und ab Lager liefert sofort
Kohlenhandlg. **Halfuszczak,**
Naundstr. 8 am Güterbahnhof.

Wer
kaufen oder verkaufen mieten oder vermieten leihen oder verleihen will
Wer
Kapital
Teilhaber
Personal
Vertreter
sucht
inseriere im vielgelesenen
Merseburger Korrespondent.

Nehmen wir an, was wir sind und was wir haben.
C. Demme, Naumburger Str. 33.

Fabrikbesitzerssohn,
23 J. a., verm., angen. Äußere, wünscht die **Bekanntschaft einer geb. jg. Dame** aus bürgerl. Fam. zw. spät. Heirat. Ang. m. Bild, w. u. sir. Diskr. sofort zurückfolgt, unter **2138** an die Exp. d. Bl.

Beamter,
Anfang 30er, wünscht d. Bekanntschaft einer wirtschaftlich erzogenen Dame im Alter von 25—28 Jahr. zwecks späterer Heirat (auch Einheirat). Diskretion Ehrensache. Nur ernstgemeinte Ang. unter **2143** an die Exped. d. Bl.

Wer fertigt für 13jährigen Knaben schnell ein gutsitzendes **Jackett** an? Angebote unter 2141 an die Exped. d. Bl.

Junge Dame, 18 Jahr, sucht in Stenographie und Schreibm.,
sucht Stellung.
Ang. unt. 2140 an die Exp. d. Bl.

Einen Tischler
stellt ein **Braun**, Sakropan 25.

Suche sofort
jüngeren Arbeiter
(auch Kriegsbeschädigten).
Fritz Leberl, Burgstraße 18.

14—15 jahr. Arbeitsburschen
sucht für sofort
Peitschenfabrik Hallesche Str.

Tischler-Lehrling
stellt sofort ein
AMBI-Werk Merseburg.

Sattlerlehrling
sofort oder für später gesucht.
Sattlermeister Ramthor, Wallendorf.

Junge tücht. Kontoristin
per sofort gesucht. Angeb. unter 2152 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Kolonie Rössen.
Täglich für einige Stunden gesucht
zuverlässiges Mädchen oder Frau
zur Hilfe neben dem Mädchen. Angebote unt. 2135 an die Exp. d. Bl.

Mädchen
zum 1. Oktober gesucht. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

---

1 ordentl. Dienstmädch.
sei. Fr. Brode, Johannisstr. 1.

Ehrlich, zuverlässiges Alleinmädchen sucht
Frau Regierungsrat **Nicolaus**, Teichstraße 21.

Dienstmädchen
Suche für sofort oder 1. 10. ein kräftiges, sauberes
Dienstmädchen
für meinen Bruder nach **Naumburg** (Hotelbetrieb) für Zimmer und Haus bei hohem Einkommen. Näheres bei **Frau Just**, Schmale Straße 14.

---

2 Dienstmädchen
gesucht. **P. Götze**, Knapendorf.

Aufwartung
wird für sofort gesucht.
Klappenbach, Lindenstr. 8.

Aufwartung gesucht
Frische, Christianenstr. 12, I.

Verloren von einem Schulknaben schwarzes Lederportemonnaie mit 2 Zwanzigmarkscheinen und 3 Zuckermarken am Mittwoch nachm. von Kl. Ritterstr. 3 bis Markt (Siebert). Gegen gute Belohnung abzugeben bei **Löther, Weißenfelser Str. 8.**

Ehren-Erklärung!
Die Äußerung gegen Fräulein Helene Flämig aus Dossig nehme ich hiermit zurück. **H. K.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200916-11/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 208. Donnerstag den 16. September 1920. 47. Jahrg.

Die Lage im Reiche.

Die Mark sinkt weiter.

Von unserm Berliner Aa.-Mitarbeiter.

Die Entwertung der Mark, über die wir schon kürzlich berichteten, nimmt leider ihren weiteren Fortgang. Die Kurve geht wieder einmal stell nach unten. Besser noch als aus der Bewertung der Mark an den fremden Börsen geht das daraus hervor, daß an der Berliner Börse bereits wieder über 270 M für ein Zwanzig-Markstück geboten werden, während der Preis sich noch vor ungefähr 6 Wochen auf annähernd 160 M stellte. Danach gilt die Papiermark heute etwa 7½ ₰. Sie war allerdings in der schlechtesten Zeit schon auf ungefähr 2 ₰ gesunken, wurde aber vor etwa 4 Wochen noch mit etwa 12 ₰ bewertet. Es ist selbstverständlich, daß sich diese Entwertung der Mark sehr bald in den Kosten für die Lebenshaltung bemerkbar machen muß, da für die Einfuhr aus dem Auslande wieder bedeutend höhere Summen angelegt werden müssen. Über die Gründe, die zu dieser Valutaverschlechterung führten, besteht auch in Fachkreisen keine volle Klarheit. Übersehen werden darf jedenfalls nicht, daß der Aufstieg der Mark nicht auf die Gesundung der deutschen Wirtschaft, sondern in erster Linie auf amerikanische Spekulationen zurückzuführen war. Jetzt zeigt sich nun die Kehrseite der Medaille. Einmal führt man die Abwärtsbewegung der Mark auf die höchst ungünstige Entwickelung der öffentlichen deutschen Finanzen zurück. Man verweist auf die gewaltige Zunahme der deutschen Notenumlaufsmittel, die allein in der letzten Berichtswoche 1½ Milliarden Mark betragen hat. Andererseits dürfte die Verschiebung oder das gänzliche Fallenlassen der Genfer Konferenz ebenfalls außerordentlich ungünstig auf die Gestaltung der Valuta eingewirkt haben. Trat doch im Frühjahr die Besserung der deutschen Valuta gerade zu der Zeit ein, als die Alliierten sich dahin geeinigt hatten, die Wiedergutmachungsfrage durch mündliche Verhandlungen mit der deutschen Regierung zu regeln und durch eine große internationale Anleihe Deutschlands Wiederaufbau zu fördern. Auch die umlaufenden Gerüchte über die geplante Zwangsanleihe haben das Vertrauen des Auslands zu der deutschen Volkswirtschaft nicht zu stärken vermocht. Ferner kommt hinzu, daß für den Herbst sich ein größerer Einfuhrbedarf geltend macht, durch den natürlich fremde Zahlungsmittel von Deutschland benötigt werden. Übersehen darf man allerdings auch nicht, daß in Deutschland bereits wieder begonnen wird, fremde Werte zu hamstern, da gewisse Kreise anscheinend glauben, auf diese Art und Weise ihr Kapital in Sicherheit bringen zu können. Alle diese Momente wirken nun zusammen sich zu einer außerordentlich bedauerlichen Entwertung der deutschen Reichsmark aus, von der man noch nicht einmal sagen kann, wieweit diesmal die Kurve, die man nicht mit Unrecht als Fieberkurve der deutschen Wirtschaft angesprochen hat, sich nach unten bewegen wird.

*

Der oberschlesische Kohlenausfall Grund einer deutschen Wirtschaftskrise.

Die Wirren in Oberschlesien haben, ohne daß wir es verhindern konnten, die Gefahr einer schweren deutschen Wirtschaftskrise heraufbeschworen. In einem Aufsatz unter der Überschrift „Das Abkommen von Spa“ bespricht die Bochumer Bergarbeiterzeitung die Schwierigkeiten, die sich der Kohlenversorgung aus den oberschlesischen Gruben entgegenstellen, und erwähnt dertin, daß sich der Gesamtausfall an Kohlenförderung in Oberschlesien infolge der Unruhen im August auf über 600000 Tonnen beziffert habe. Das Blatt fährt dann fort: Nur scheinbar steht die völlige Ablieferung im August im Widerspruch mit den Erklärungen der Deutschen in Spa, wonach die sofortige Ablieferung der 2 Millionen Tonnen monatlich die deutsche Volkswirtschaft schwer treffen würde. Im Vergleich zu den beiden Monaten vor Spa ist die deutsche Volkswirtschaft im August mit über 1 Million Tonnen Steinkohlen weniger versorgt worden. Schon werden zahlreiche Betriebseinschränkungen, Betriebseinstellungen und Arbeiterentlassungen infolge des Kohlenmangels gemeldet. Die Zahl der Arbeitslosen wächst in bedrohlicher Weise.

Gelingt es Deutschland in den kommenden Monaten nicht, seine Steinkohlenförderung um mindestens 1 Million Tonnen monatlich zu erhöhen, und steht uns, wie in Spa versprochen, nicht die oberschlesische Kohlenförderung in gerechter und unparteiischer Weise zu Gebote, so können wir uns bald in einer sehr starken Krise befinden. Wenn am 15. November durch die Vertreter des Verbandes festgestellt wird, daß die Ablieferungen im August, September und Oktober keine 6 Millionen Tonnen betragen, dann droht dem Ruhrgebiet die militärische Besetzung durch den Verband. Wir wollen das nach besten Kräften verhindern, aber niemand kann über seine Kraft. Deutschland kann es nicht, und auch die deutschen Bergleute können es nicht.

*

Bevorstehende gesetzliche Einführung des Achtstundentages.

Eine der ersten großen sozialpolitischen Vorlagen, die dem Reichstag in seiner nächsten Tagung zugehen werden, wird ein Gesetzentwurf für die Einführung des achtstündigen Arbeitstages sein. Der Friedensvertrag schreibt in dem Abschnitt, der sich auf die Organisation der Arbeit bezieht, vor, daß die erste internationale Arbeitskonferenz, die im Oktober 1919 in Washington abgehalten wurde, sich mit der Durchführung des Grundsatzes des Achtstundentages als wichtigsten Punkt der Tagesordnung zu beschäftigen habe. Die Konferenz, an der Deutschland, wie erinnerlich, nicht beteiligt war, hat dann Vereinbarungen über die Beschränkung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich getroffen, die die Grundlage für eine gesetzliche Regelung in allen am Völkerbund teilnehmenden Staaten bilden sollen. Jeder Staat ist verpflichtet, spätestens bis zum 10. Januar 1921 der Volksvertretung einen Gesetzentwurf über den Achtstundentag vorzulegen. Ein Zwang zu einer Annahme der Vorlage besteht aber nicht. In den Vereinbarungen des Kongresses zu Washington ist die Bestimmung enthalten, daß jeder Staat inbezug auf die Beschränkung der Arbeitszeit auch weitergehende Bestimmungen treffen kann, als sie in dem internationalen Abkommen vorgesehen sind. In Deutschland gehen die auf dem Wege der Verordnung eingeführten Bestimmungen über den Achtstundentag teilweise nicht unerheblich über die in Washington getroffenen Vereinbarungen hinaus.

Die Beseitigung des Kleingeldmangels — neues Großgeld.

Aus den Kreisen der Berliner Münze wird uns geschrieben: Es ist unerklärlich, wohin die gewaltigen Mengen Kleingeld wandern, die die Münzen herstellen, denn die Klagen über Kleingeldnot und Briefmarkenerlaß nehmen nicht ab. Obwohl die neuen Münzen kaum einen Metallwert haben, wird weiter gehamstert. Berlin sendet jede Woche 7 Millionen Stück Kleingeld in die Welt, alle Münzen haben Aufträge über 200 Millionen Stück Aluminiumgeld erhalten, 120 Millionen sind bereits ausgegeben, aber kaum anzutreffen. Daneben werden wöchentlich 16 Millionen Stück Zink- und Eisenmünzen (5 ₰ und 10 ₰) geprägt. Der Metallwert der Aluminium-50₰-Stücke beträgt höchstens 6 ₰, trotzdem werden sie gehamstert und gehandelt. Pfennigstücke werden gegenwärtig nicht geprägt, denn ihr Metallwert (Kupfer und Aluminium) überspringt den Kurswert um etwa 500 Proz., sie wirken also toricht gehamstert werden. Die Münzen arbeiten in Tag- und Nachtschichten, Berlin hat 54 Proz. allein von der Gesamtproduktion übernommen und arbeitet mit drei Schichten. Die Kleingeldnot ist also nicht Schuld der Münzen. Berücksichtigt muß allerdings werden, daß das platte Land lange Zeit ohne Kleingeld war und jetzt große Summen an sich zieht. Aber auch Kleingeldsammler tun viel, um Geld zu hamstern. Voraussichtlich wird aber bald nach Herausgabe der neuen 80 Millionen Fünfziger und der monatlich 60 Millionen Sechser und Groschen eine Abnahme der Kleingeldnot festzustellen sein. — Zu Weihnachten sollen die ersten neuen Ein- und Zwei-Markstücke nach einem neuen Legierungsverfahren ausgeprägt werden. Vielleicht folgen später auch 5-Markstücke. Edelmetall kommt bei ihnen nicht zur Verwendung. Die Portemonnaies werden also gesuchte Weihnachtsartikel werden.

Produktionssteigerung im Ruhrrevier.

Essen, 16. Sept. Die Förderung der Zechen im Ruhrrevier erfuhr in der vergangenen Woche im Vergleich zum gleichen Zeitabschnitt des Vormonates eine Steigerung, da die Beteiligung an den vertraglichen Überschichten, die in den letzten beiden Monaten bekanntlich schwach gewesen ist, neuerdings wieder zugenommen hat. Die Transportmittel der Eisenbahn und der Wasserstraßen wurden infolgedessen stärker in Anspruch genommen, ohne daß der Wirtsmarkt besondere Schwierigkeiten machte. Allerdings haben die Kartoffel- und Rübentransporte bisher noch nicht in nennenswertem Umfange eingesetzt. Die Lagerbestände gingen von 85 282 Tonnen am 4. September auf 75 873 Tonnen am Schlusse der letzten Woche zurück. Der Zulauf zu den Häfen war ziemlich umfangreich, so daß werktäglich 31 061 Tonnen Steinkohlen und 5 Tonnen Steinkohlenbriketts verladen gemacht konnten. Die Weiterbeförderung per Schiff vollzog sich trotz des im allgemeinen zurückgehenden Wasserstandes und hierdurch erforderlichen Einschränkungen in der Ladung der Kähne ziemlich glatt. Leerer Raum steht nach wie vor sehr reichlich zur Verfügung.

Die Funkensstation Eilvese bleibt in deutschem Besitz.

Eine für die Weiterentwicklung des Funkenverkehrs bedeutsame Verständigung ist in der bisher strittigen Entscheidung über das Schicksal der Großstation Eilvese erfolgt. Zwischen der Hochfrequenzgesellschaft, der französischen Verwaltung und der Telefunkengruppe wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der die Franzosen mit einem Barbetrage für ihre Optionsrechte abgefunden werden und dafür das Recht der Mitbenutzung der deutschen Patente im Auslande erhalten. Die Hochfrequenzgesellschaft und die Telefunkengruppe werden nunmehr für Eilvese in einer neuzugründenden Gesellschaft zusammengehen, an der außer der Hochfrequenz-Maschinen-A.-G. die deutsche Telefunkengesellschaft für Übersee-verfehr beteiligt sind. Hinter dem Unternehmen steht die Finanzgruppe der Commerzbank.

Die Durchführung des Friedens.

Französische Unzufriedenheit über das Ergebnis von Aix-les-Bains.

Aus Paris wird gemeldet: Im „Matin“ bezeichnet Leon Barthou die Ergebnisse von Aix-les-Bains als dage. Zur Abfassung eines solchen Schriftstückes hätte es keiner Zusammenkunft bedarft, man hätte sich dazu auf den Austausch von Telegrammen beschränken können. Auffallend sei, daß das Kommuniqué sich über die entscheidenden Fragen nicht äußere. Andererseits sei die Vertagung der Genfer Konferenz ein Ergebnis, das in die Wagschale falle, da gewisse Vertagungen auf lange Dauer eigentlich nur Begräbnisse seien. Wenn die Wiedergutmachungskommission die Rechte zurückerhalte, die der Friedensvertrag ihr zuweise, so sei man zu einer gesunden Methode zurückgekehrt, die man eigentlich nie hätte verlassen dürfen. — Die englische Presse beurteilt die Ergebnisse ziemlich zurückhaltend. Kennzeichnend ist ein Ausspruch, der in manchen Betrachtungen wiederkehrt, da man in Aix-les-Bains übereinkam, über nichts übereinzukommen. Die Ergebnisse seien ziemlich unbeutlich und verschwommen, besonders in der kretischen Frage, worin England wie Frankreich sich die Freiheit des Handelns vorbehielten.

Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George.

Paris, 16. Sept. Der „Exzelsior“ teilt mit, es seien Besprechungen zwischen dem französischen Botschafter in London und Downingstreet eingeleitet, um möglichst bald eine neue Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George zu erreichen. Die Zusammenkunft werde in 14 Tagen in Biarritz stattfinden.

Belgien fordert die Auslieferung der technischen Einrichtungen des neuen Berliner Fernsprechamtes.

Im Westen Berlins ist vor wenigen Tagen mit einem riesigen Kostenaufwand das Fernsprechamt Rheingau in Wilmersdorf eröffnet worden, dessen Weiterbetrieb durch eine Forderung der belgischen Regierung auf das äußerste gefährdet ist. Die belgische Regierung verlangt auf Grund des Versailler Vertrages die Auslieferung des technischen Materials, weil dieses aus Beutematerial hergestellt ist, das während des Krieges für Heereszwecke in Belgien benutzt wurde. Auf welche Weise die Wiedergutmachungskommission in Erfahrung gebracht hat, daß auf dem Amt Rheingau belgisches Material eingebaut ist, steht noch nicht fest. Die Postverwaltung hatte sich seinerzeit an das frühere Kriegsministerium gewandt und angefragt, ob die Heeresverwaltung aus ihren Beständen entsprechende Klappschränke abgeben könne. Daraufhin wurden der Postverwaltung über 20 belgische Klappschränke, die von der deutschen Zivilverwaltung in Belgien während des Krieges aus großen belgischen Postämtern herausgenommen worden waren, zur Verfügung gestellt. Die Heeresverwaltung und die anderen in Frage kommenden Behörden glaubten, daß man Deutschland diese Apparate belassen werde, da auf dem Rückzuge der deutschen Armee in Belgien wertvolles Fernsprechmaterial, das rund eine Million Mark repräsentierte, stehen gelassen worden war. In der jetzigen für den hiesigen Telephonbetrieb umgearbeiteten Form ist die Einrichtung für Belgien völlig wertlos. Sie müßte unter großem Aufwand von Zeit und Kosten erst wieder völlig umgebaut werden. Die Postverwaltung hegt deshalb Hoffnung, daß die belgische Regierung auf die Auslieferung des in das Amt Rheingau eingebauten Materials verzichten und sich mit einer anderweitigen Betriebsgruppe ihrer Ansprüche einverstanden erklären wird. Die Verhandlungen darüber sind im Gange. Das Material hat einen Wert von vielen Millionen.

Die Kohlenlieferungen an die Entente.

Gegenüber unserer gestrigen Meldung, daß seit dem 1. September die deutschen Kohlenlieferungen an die Entente um fast 20 Prozent hinter den in Spa übernommenen Verpflichtungen zurückgeblieben seien, wird von zuverlässiger Seite erklärt, daß ebenso wie im Monat August auch im laufenden Monat bisher die Kohlenlieferungen an den Verband aus dem Ruhrbezirk in vollem Umfange ausgeführt worden sind. Die erwähnte Mitteilung ist vollständig unzutreffend. Es sind im Gegenteil die ab-

Um Ruhm und Liebe.

Roman von Arthur Zapp.

22. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Während sie in die Bismarckstraße einbog, in der Direktor wohnte, begegnete sie ihrem Freunde Heinz Robert. Sie war sehr erfreut, und hastig, erbitzt von dem schnellen Gange und der Aufregung, teilte sie ihm die Nachricht mit, die sie aus Berlin erhalten, und fragte nach Roderich.

Sie war mit sich zu sehr beschäftigt und so bemerkte sie nicht, daß ein Schatten und so etwas wie ein Erschrecken über sein Antlitz huschte.

„Ich werde ihm das Telegramm bringen“, sagte er und streckte die Hand nach dem zusammengefalteten Blatt aus.

„Sie wissen, wo er ist?“ fragte sie.

„Ich vermute es.“

„Also nicht beim Direktor?“

„Nein, von dem komme ich eben.“

„Aber dann sagen Sie mir —!“

Wieder verfinsterte sich sein Gesicht.

„Sie können da nicht — er ist bei — bei einem Kollegen.“

Wieder streckte er seine Hand aus, diesmal mit einem schwachen Lächeln.

„Überdies, ich kann schneller laufen als Sie und die Hauptsache ist doch Eile. Sie können indes immer seinen Koffer packen.“

„Allerdings. Also dann nehme ich Ihr freundliches Anerbieten an. Besten Dank, lieber Herr Robert!“

Sie gab ihm das Telegramm, nickte noch einmal freundlich, dann trennten sie sich und eilten in entgegengesetzter Richtung davon. Seine Schritte verlangsamten sich, nachdem er ein paar Straßen durchquert hatte und in die Langestraße eingebogen war. Bittere Gedanken zogen durch seine Seele; Zorn und Empörung mischten sich mit heißem Mitleid. Die Arme, Ahnungslose! Wie sie den Mann liebte, den Unwürdigen, Leichtsertigen, Gewissenlosen, der das Göttergeschenk ihrer Liebe mit Füßen trat! Alle Kreise der Stadt, die sich für das Theater interessierten, wußten es, daß Roderich Mühlau ein leidenschaftliches Liebesverhältnis mit der Kollegin Fritzi Casparry unterhielt und daß er einen großen Teil des Tages bei ihr zubrachte. Nur sie allein, die es am meisten anging, ahnte es in ihrer Arglosigkeit, in ihrer Reinheit nicht. Sicherlich war er auch jetzt wieder bei seiner Geliebten.

Der junge Schauspieler irrte sich nicht. Als er im zweiten Stockwerk an die Tür des Zimmers, das die Kollegin bewohnte, gelopft hatte, verstrich eine geraume Zeit, ehe sich etwas rührte. Erst auf sein wiederholtes Klopfen wurde geöffnet und der Kopf der Schauspielerin erschien in dem Spalt der Tür.

„Sie, Kollege, was wollen Sie denn?“

Er fragte, ohne in seinen Mienen seine Gefühle zu verbergen, nach Mühlau und daß er ihm ein wichtiges Telegramm überbringe. Da zeigte sich auch schon der Kollege selber, der hinter der Tür gestanden und gehorcht hatte.

„Ein Telegramm? Kommen Sie doch herein, lieber Kollege!“

Ohne im geringsten Verlegenheit oder Scheu an den Tag zu legen, trat er zur Seite und ließ den vor der Tür Stehenden eintreten.

Begierig, voll froher Erwartung, irgend etwas Schönes, Erfreuliches erhoffend, streckte er die Hand aus.

„Von meinen Agenten in Berlin?“

Heinz Robert reichte ihm schweigend die Depesche und ließ unwillkürlich seinen Blick durch das Zimmer wandern. Auf dem Tisch stand eine Weinflasche und zwei halbvolle Gläser. Das ganze Gemach war von würzigem Zigarettenduft erfüllt, dem die Schauspielerin, vergnügt paffend ein paar Wolken hinaufsandte.

„Bitte, bedienen Sie sich, Kollege!“ forderte sie lächelnd auf, nach einem kleinen Tisch deutend, auf dem eine offene Zigarettenschachtel lag. Heinz Robert hatte eben mit einer kurzen Gebärde verneint, als Roderich Mühlau einen lauten Schrei ausstieß und nach seinem Hut griff, der auf einem Stuhl lag.

„Ich muß sofort — sofort muß ich reisen!“

Und noch ehe Fritzi Casparry eine Frage nach der Ursache seiner plötzlichen Erregung tun konnte, war er schon aus dem Zimmer. Heinz Robert eilte ihm nach und holte ihn unten an der Haustür ein. Zusammen eilten sie auf der Straße dahin.

„Sie müssen doch zuerst zum Direktor, Kollege“, mahnte der Jüngere.

„Zum — ach so!“

In seiner Aufregung hatte Roderich gar nicht daran gedacht, daß er sich zunächst einen Urlaub erbitten müsse, und auch jetzt war er unwillig über die Zeitversäumnis, die dadurch für ihn entstand.

„Wissen Sie, Kollege, könnten Sie das nicht besorgen?“, sagte er. „Reisen muß ich doch auf jeden Fall. Und vorher ist doch auch noch allerhand —“ es fiel ihm ein, daß er ja noch gar kein Geld zur Reise hatte. Woher nehmen? Beim Direktor stand er schon in starkem Vorschuß, da war auf ein Entgegenkommen nicht mehr zu rechnen. Also woher? Käthe mußte helfen. Jawohl! Sie war ja die nächste dazu.

Heinz Robert sagte nach kurzem Überlegen zu. „Ich werd's übernehmen. Sie haben recht: Reisen müssen Sie auf jeden Fall und möglichst mit dem nächsten Zug.“

„Also dann, lieber Robert —“, Roderich Mühlau streckte ihm die Hand zum Abschied entgegen, „besten Dank! Aber sagen Sie mal, wie kamen Sie denn zu dem Telegramm?“

Der junge Schauspieler hörte der Fragenden auf.

„Donnerwetter!“ entfuhr es dem Zuhörenden unwillkürlich. „Na, tausend Dank und —“ ein Lächeln flog über das leichtsinnige lächelnde hübsche Gesicht. „Diskretion Ehrensache!“

Heinz Robert sah den ihm Gegenüberstehenden ernst, ja, mit deutlich ablehnendem Unwillen an.

„Diskretion? Ja! Ich versprach sie Ihnen, aber nur unter Bedingung.“

„Nanu?“ Der Andere stutzte befremdet.

Heinz Robert aber hielt die ihn beherrschende Empörung nicht länger zurück.

„Sie sollten sich schämen, Mühlau, eine Frau, wie die Ihre, die zurmhoch über einem Geschöpf wie die Casparry steht, so schamlos zu hintergehen.“

„Kollege!“ brauste der andere auf. „Ich muß doch —“

„Ach was!“ unterbrach der andere stürmisch. „Ich wollte es Ihnen schon längst sagen; es ist einfach unverantwortlich von Ihnen! Hat Ihre Frau nicht Ihrwegen Heimat und Vaterhaus verlassen, ist Ihnen aus Reichtum und Sorglosigkeit in Not und Dürftigkeit und Sorge gefolgt? Auf Ihren Knien sollten Sie ihr das Leben lang danken. Statt dessen aber hängen Sie sich an ein Weib wie die Casparry, die Sie doch überhaupt nicht liebt, sondern die nur einer Laune folgt, die bald wieder von einer andern Laune abgelöst sein wird. Ich weiß nicht, ob es nicht richtiger wäre, der ahnungslos betrogenen armen Frau die Augen zu öffnen —“

„Um Gottes willen!“ Jetzt packte den Leichtsinnigen doch die Furcht. „Das gäbe ein Unglück!“

Der andere nickte erschütternd.

„Das fürchte auch ich und deshalb habe ich geschwiegen und werde weiter schweigen. Sie aber, Mühlau, sollten endlich einmal überlegen, was Sie da tun und sollten zur Vernunft und Einsicht kommen. Versprechen Sie mir, daß Sie sich den Vorfall, der leicht zur Entdeckung Ihres schnöden Betruges hätte führen können, zur Warnung dienen lassen wollen, daß Sie Ihre Beziehungen zu der Casparry abbrechen werden?“

Er hielt dem Schuldigen die Hand hin, dem während der heftigen Vorwürfe schließlich das Haupt auf die Brust gesunken war.

Mit einer Miene, die Ergriffenheit und Reue widerspiegelte, legte er seine Rechte in die des andern.

„Sie haben recht, Kollege. Schändlich ist's ja von mir! Ich weiß selber nicht —“ er riß sich nervös den Hut vom Kopf und strich mit der Hand über die Stirn. „Das verwünschte Frauenzimmer, die Casparry —“

„Alle Sie versprechen mir's ehrlich und aufrichtig —?“ unterbrach der Jüngere.

„Jawohl, Kollege! Bei meiner Ehre, bei allem, was mir heilig ist!“

Seine Mienen zuckten; er sah ganz zerknirscht aus. Die plötzliche Unglücksbotschaft aus Berlin schien mit dazu beizutragen, in dem Leichtsinnigen Reue und gute Vorsätze wachzurufen. Nach kräftigem Händedruck trennten sich die beiden Schauspieler, um eilig in entgegengesetzter Richtung davonzuführen.

Zu Hause warf sich Roderich in die sich ihm mit Ergriffenheit und Mitgefühl entgegenbreitenden Arme.

„Die arme Tante Viola!“

Seine Stimme zitterte, helle Tränen standen ihm in den Augen. Sie aber trieb zur Eile, den Koffer hatte sie schon für ihn gepackt. Da schlug er sich plötzlich auf die Stirn.

„Das Wichtigste fehlt mir ja noch —: Das Geld zur Reise.“

Sie lächelte; auch sie hatte nicht daran gedacht.

„Na, dann mußt du schnell zum Direktor. Unter diesen Umständen wird er dir einen Vorschuß nicht verweigern.“

Er wehrte verdrießlich.

„Nein, nein! Das würde mich zu lange aufhalten und wer weiß, ob ich ihn überhaupt zu Hause antreffe.“

„Freilich! Ja? mal sehen!“

Sie überzählte ihre Wirtschaftskasse. Es waren nur fünfzehn Mark.

„Und du, Roderich?“

„Ich?“

Er zog seine Hand, die schon in die Tasche gegriffen hatte, wieder zurück und zeigte ein unwirsches Gesicht.

„Es lohnt sich nicht der Mühe, erst nachzusehen. Reichen tut's ja doch nicht.“

„Aber Roderich!“ sagte sie vorwurfsvoll. „Es ist doch erst vorgestern Gagentag gewesen!“

Er hielt sich mit heftiger Gebärde die Ohren zu.

„Mach mir doch um Gottes willen jetzt keine kleinlichen Vorwürfe, jetzt, wo mir das Herz blutet und ich um die arme Tante Viola zittere. Ich habe eben ein paar Schulden zu begleichen gehabt.“

Sie schluckte die Entgegnung hinunter, die ihr auf die Zunge treten wollte und fragte: „Wieviel wird du denn brauchen?“

Ungeduldig brauste er auf.

„Herrgott, du machst mich noch verrückt mit deinem vielen Fragen. Auf ein paar Tage Aufenthalt muß ich doch gefaßt sein. Und dann — du weißt, daß Tante Viola zwar eine große Seele, aber nur einen kleinen Geldbeutel besitzt. Da muß man natürlich mit größeren Ausgaben rechnen.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200916-11/fragment/page=0005

zuliefernden Kohlenmengen fast genau auf die Tonne der vereinbarten Menge abgeliefert worden. In einen geringen Verlust geraten sind, wie schon bekannt, lediglich die oberschlesischen Kohlenlieferungen an Italien infolge der Unruhen in Oberschlesien.

Wie wir noch von zuständiger Seite erfahren, sind vom 1. bis 10. September von einem Lieferungssoll von 602 000 Tonnen an die Entente 682 000 Tonnen geliefert worden. Der Fehlbetrag entfällt nicht auf das Ruhrgebiet, sondern auf Oberschlesien.

Deutschland und die Brüsseler Konferenz.

Die offiziöse französische Nachrichtenagentur Havas hat in ihrer Meldung über die Brüsseler Konferenz, die nunmehr auf den 24. September angesetzt worden ist, bemerkt, daß Deutschland, Österreich und Bulgarien eingeladen würden, Delegierte zu entsenden, die aber nur beratende Stimme haben sollen. Da es sich in Brüssel nur um Vorbesprechungen handeln soll, war man bisher der Meinung, daß dort überhaupt nur beraten werden würde. Man darf bis auf weiteres auch annehmen, daß diese Erwartung zutreffend ist. Aber der französischen Agentur kommt es bei jeder Gelegenheit darauf an, zwischen den Siegern und den Besiegten zu unterscheiden. Keine Nachricht geht hinaus, ohne daß man den Besiegten verletzt und in seinen Wunden wühlt. Das ganze aber nennt Herr Millerand „Mäßigung und Versöhnung"!

Keine Erwähnung einer Beschränkung der Delegiertenrechte.

Berlin, 16. Sept. Nach der amtlichen Einladung des Völkerbundrates zu der Finanzkonferenz in Brüssel ist eine Beschränkung der Rechte der Delegierten von Deutschland, Österreich und Bulgarien gegenüber den Delegierten der anderen Länder in keiner Weise erwähnt.

*

Noch keine Klarheit über Genf.

Genf, 16. Sept. Giolitti hat in Aix-les-Bains in einem Masseninterview den fremden Journalisten mitgeteilt, daß in der Besprechung mit Millerand eine Vertagung der Genfer Konferenz überhaupt nicht diskutiert worden sei. Gestern hatte Millerand seinerseits erzählt, er habe die Notwendigkeit einer solchen Verschiebung dem italienischen Ministerpräsidenten dargelegt, und dieser habe keinen Einspruch erhoben. Diese beiden Erklärungen widersprechen sich zwar nicht geradezu, aber man hat doch den Eindruck, daß Millerand einen Mißerfolg verschleiern wollte. Alle Pariser Zeitungen, mit Ausnahme des „Temps", unterschlagen jetzt die Erklärung Giolittis und sichern sich so das Recht, munter zu verkünden, in Aix-les-Bains sei beschlossen worden, die Genfer Konferenz sei aufzuschieben.

Preußische Landesversammlung.

Am Mittwoch nachmittag trat die verfassunggebende Landesversammlung zum erstenmal nach den Sommerferien wieder zusammen, um in der kommenden Herbst- und Wintertagung ihre Aufgabe zu vollenden. Der Sitzungssaal war außergewöhnlich stark besetzt. Auf der Ministerbank saßen die Minister Oser, Fischbeck, Lüdemann und Am Zehnhoff. Unter der allgemeinen Unruhe, hervorgerufen durch die Privatgespräche der Abgeordneten „über ihre Ferienerlebnisse, eröffnete Präsident Leinert die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen und gab dabei auch bekannt, daß die schwergeprüften und bedrückten Deutschen im Osten und Westen alle ihre Hoffnungen auf die Eröffnung der Preußischen Landesversammlung gesetzt hätten. Der Ältestenrat hat beschlossen, die von allen Parteien eingebrachte Interpellation über Oberschlesien und das Saargebiet am Freitag zu besprechen. Nachdem der unvermeidliche Adolf Hoffmann erfolglos die Absetzung der Beratung des Gesetzes über den Austritt aus der Kirche beantragt hatte, wurden die ersten fünf Punkte der Tagesordnung ohne Wortmeldung erledigt. Die Beratung der Anordnung über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften rief die erste Debatte hervor, und zwar sprachen aus allen Fraktionen nur weibliche Abgeordnete. Von den Demokraten entwahl Frau Dönhoff Überweisung der Verordnung an einen Ausschuß. Die Unruhe des Hauses blieb trotz der Mahnung des Präsidenten auch während der Frauenreden stark. Und als der Abg. Müller-Prüm als Redner zu der Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Verpflichtung der Gemeinden zur Erhaltung von Ziegenböcken aufgerufen wurde und verdutzt fragte: „Worüber soll ich reden?" brach schallende Heiterkeit im Hause aus. Im übrigen wurden in den lebhaften Unterhaltungen die alten persönlichen und sachlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Hauses und den Fraktionen wieder angebahnt. Man sah allgemein noch einer längeren Tagung bis zur Neuwahl entgegen.

Verhandlungsbericht.

Berlin, 15. Sept.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 30 Min. und teilt mit, daß das Haus am Freitag dieser Woche über die Vergewaltigung der Landsleute in Ost- und Westpreußen, Oberschlesien und Ruhrgebiet beraten wird. Die große politische Erregung in diesen Gebieten mache es erforderlich, daß auch die Landesversammlung zu der Frage Stellung nehme.

Bei der Beratung einer Anordnung über die

Beschäftigung weiblicher Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften

fordert

Frau Hanna (Soz.), daß die Beschäftigung weiblicher Angestellten in diesen Betrieben unterzagt werden muß, wenn sie die Interessen der Gesundheit oder der Aufrechterhaltung der guten Sitten, der Ordnung und des Anstandes gefährdet. Dem freien Ermessen der Polizei dürfte die Entscheidung nicht überlassen bleiben.

Es folgt die erste Beratung eines

Gesetzes zur Aufschließung von Steinkohlen.

Abg. Kusemann (Soz.) spricht gegen das Gesetz. Die Ausbeutung der Kohlenfelder dürfe Privaten nicht überlassen werden und beantragt Überweisung an den Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Abg. Fränzel (Dem.) entgegnet, es handele sich hier um kleine bisher noch nicht abgebaute Felder, die den örtlichen Brennstoffbedarf decken können. Diese müssen zum Abbau freigegeben werden. Die Sozialisierung der Bergwerke hindert dies Gesetz nicht.

Abg. Freiherr v. Wangenheim (Welfe): Wir begrüßen das Gesetz. Die in der Gegend von Osnabrück jetzt schon vorgenommene Kohlenförderung wird damit auf gesetzlichen Boden gestellt.

Abg. Wirpel (Zn.): Die Not des Volkes ist groß. Alle Mittel müssen benutzt werden, die Kohlennot zu beheben.

Abg. Ludwig (U. S.): Der Rechten liegt das Interesse des Kapitalismus am Herzen.

Der Entwurf geht an den Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über

die Errichtung neuer Landesfinanzämter.

Die Abgeordneten Weißernel und Müller-Prüm beantragen Überweisung an die Siedelungskommission. Das Haus beschließt entsprechend.

Nach Erledigung von Petitionen wird die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung morgen, Donnerstag, 12 Uhr mittags: Kirchenaustritt-Gesetz, Notetat, Kleine Vorlagen und Anträge.

Schluß 5/6 Uhr.

*

Die demokratische Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses beschäftigte sich am Mittwoch in ihrer ersten Sitzung nach den Sommerferien sehr eingehend mit der allgemeinen politischen Lage. Es wurden alle Fragen erörtert, die in den letzten Tagen und Wochen Gegenstand öffentlicher Diskussion gewesen sind, die Regierungserweiterung im Reich und die Stellung zur Sozialdemokratie, die Wahl des Reichspräsidenten und die Anberaumung der Neuwahlen in Preußen. Es ergab sich, daß die Mehrheit der demokratischen Fraktionsmitglieder des Landtags die Fertigstellung der Verfassung, des Wahlgesetzes und des Etats vor Neuwahlen notwendig hält. Die Verwaltungsgesetze und wahrscheinlich auch die neuen notwendigen Steuergesetze dürften erst nach den Wahlen in Arbeit genommen werden.

Oppositionsparteien und Neuwahlen in Preußen.

Dem Preußischen Abgeordnetenhaus und der preußischen Landesversammlung ist ein 16 Seiten umfassendes Verzeichnis der unerledigten Vorlagen zugegangen. Darunter befinden sich 260 unerledigte Anträge und eine erhebliche Zahl großer und kleiner Anfragen. Diese Anfragen sind größtenteils von den Oppositionsparteien gestellt. Nun weiß aber jedermann, daß „große" Anfragen ganz erheblich viel Zeit zu ihrer Erledigung erfordern. Auf der anderen Seite verlangen gerade die Oppositionsparteien jeden Tag aufs neue, daß die Neuwahlen in Preußen beingend notwendig wären und keinen Aufschub ertrügen. Wenn es den Oppositionsparteien ernst mit dem Ruf nach sofortigen Neuwahlen wäre, müßten sie sich bei den großen Anfragen die entsprechende Zurückhaltung auferlegen. Aber es ist eben nicht ihr Ernst, sondern sie fordern lediglich aus Agitationsbedürfnis alsbaldige Neuwahlen.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Besitzwechsel im Brauegewerbe.** Die Engelhardt-Brauerei A.-G. Berlin-Halle übernimmt demnächst die Bergschlößbrauerei Neuhaldensleben.

= **Der Mitteldeutsche Ziegeleibund** hat beschlossen, beim Verkehrsminister zu beantragen, zur Entlastung der Eisenbahnen und angesichts des Konkurrenzkampfes, welcher infolge der auf den Werken angehäuften Bestände droht, die Bahnbeförderung von Mauersteinen über 80 Kilometer hinaus zu verbieten.

Vermischte Nachrichten.

* **Absturz eines Flugzeuges** auf einem amerikanischen Sportfest. Während eines Tennisturniers in New York um die Meisterschaft von Amerika stürzte ein Flugzeug, das zu photographischen Aufnahmen aufgestiegen war, infolge Motordefekts aus einer Höhe von etwa 200 Metern ab. Zwei der Insassen, ein Marine- und ein Landoffizier, wurden getötet.

* **Der Straßenbahnerstreik** in Hannover, der bereits sechs Wochen dauert, wird durch unerhörten Terror radikaler Elemente aufrecht erhalten. Während des Streiks wurden Fahrbedienstete, die sich zur Aufnahme der Arbeit gemeldet hatten, aus der Wohnung geholt und durch Patrouillen der Streikleitung unter schwersten Drohungen zur Zurücknahme ihrer Unterschrift gezwungen. Verschiedenen Bediensteten wurden die Taschen nach Schriftstücken durchsucht, andere wurden in den Belegschaftsversammlungen in gemeinster Weise beschimpft, weil sie sich für die Wiederaufnahme der Arbeit eingesetzt hatten. Ein Angestellter, der auf einem Betriebsbahnhof Wächterdienst versah, wurde von mehreren Kollegen überfallen und mit gefährlichen Werkzeugen so schwer mißhandelt, daß er blutüberströmt liegen blieb. Auch in die Amtszimmer der Direktion drangen die Terroristen ein und beschimpften und bedrohten sie schwer. Die Direktion hat daher erklärt, daß sie die ihr bekannten Verbrecher und gewalttätigen Bedroher nicht wieder in den Dienst aufnehmen werde.

* **Schlimmes aus heutiger Zeit.** Der „T. R." wird geschrieben: Ein im Kriege schwer verwundeter Offizier, der in den Heeresberichten wiederholt rühmend genannt worden ist, vierzehnmal verwundet wurde, den reichen Arm und Schulter verloren hat, viermal deshalb ohne Narkose operiert wurde und den linken Arm gebrochen im Gipsverbande trägt, ist vor einigen Tagen während seines kurzen Aufenthaltes in Berlin auf der Straße in Berlin W. vor Schmerzen ohnmächtig zusammengebrochen. Als er aus der Ohnmacht erwachte, fehlten ihm sein schweres mit Steinen besetztes goldenes Armband, ein Familienerstück, das er auf linken Oberarm trug, die Brieftasche mit 20 000 Mark Bargeld, das er eben von der Bank abgehoben hatte, und sämtliche Ausweispapiere und Pässe, die Ringe am Finger und die goldene Uhr. „Der Dank des „Volkes" an die, die für es geblutet haben!

* **Die Abstammung der Rufnamen.** Die meisten Leute in Deutschland heißen Joseph, Kasper, Felix, Theodor, Fedor usw. Was denken wir uns dabei, wenn wir dies hören? Jedenfalls etwas viel auf einmal! Das Eigentümlichste an dieser Namenreihe ist aber ihr ausländischer Ursprung. Der erste Vorname stammt aus dem Hebräischen, der zweite aus dem Persischen, der dritte aus dem Lateinischen, der vierte aus dem Griechischen und der letzte aus dem Russischen.

* **Deutsche Automobilstraßen für englische Truppen.** In Mesopotamien hat sich bekanntlich in den letzten Tagen besonders schwere Kämpfe zwischen den Engländern und den Aufständischen entwickelt. Zur Sicherung des Nachschubes für ihre dort kämpfenden Truppen verwenden die Engländer Kraftwagenkolonnen, die den Verkehr auf der noch nicht vollendeten Strecke der Bagdadbahn im Taurus bezw. Amanusgebirge aufrechterhalten. Die alte schmale Karawanenstraße, die schon Alexanders des Großen Heere, römische Truppen, der Apostel Paulus und auch die Kreuzzügler benutzt haben, hauten deutsche Ingenieure unter schwierigen Verhältnissen zu brauchbaren Automobilstraßen um.

* **Nette Aussichten für Wohnungsuchende.** Als treffende Illustration zum Kapitel Wohnungsnot kann verzeichnet werden, daß auf dem Wohnungsamt in Frankfurt a. M. jetzt 25 000 Wohnungsuchende gemeldet sind. Diesem Andrang kann das Amt wöchentlich nur rund 15 Wohnungen entgegenstellen, die frei werden. Nimmt man für die 25 000 Wohnungsuchenden einen Bedarf von niedrig gerechnet 5000 Wohnungen an, so bedeutet dies, daß die Wohnungsnot in Frankfurt erst etwa 1926 enden könnte.

Vortrags-Abend
von Musikschülern der Frau Professor Dr. Kelbe-Postler unter Mitwirkung eines Salon-Orchesters
— findet am —
Freitag, den 17. September 1920,
abends 1/2 7 Uhr,
im Saale des „Neuen Schützenhauses" statt.
Karten zum Preise von 3 Mark sind zu haben bei Herrn Kaufmann Frahnert, bei Frau Professor Kelbe-Postler und abends an der Kasse.

Casino / Merseburg.
Freitag, den 17. Septbr., abds. 1/2 8 Uhr
Oeffentlich. Vortrag
mit freier Aussprache.
Dr. Hanns Martin Elster, Berlin:
Die Wirtschaftslage Deutschlands.
Beitrag zur Unkostendeckung 50 Pf.
Liga zum Schutze der deutschen Kultur.

Die Hilfe
Zeitschrift f. Politik, Literatur u. Kunst
Begründer: D. Friedrich Naumann.
Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer.
Fast 25 Jahre von Naumann geleitet, in seinem Geiste von seinen alten Mitarbeitern fortgeführt!
Das nationale und soziale Blatt der Demokratie!
Probeheft kostenfrei. Vierteljahrespreis 10 M.
Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Zur Gründung einer dramatischen Arbeitsgemeinschaft
(Jugend- und Volksbühne), die sich zur Aufgabe stellt, nur gute, klassische Stücke zur Aufführung zu bringen, werden junge Leute beiderlei Geschlechts aus allen Ständen, die Lust und Liebe zur dramatischen Kunst haben, zu einer Besprechung
Freitag, den 24. Septbr., abends 8 Uhr
im Herzog Christian eingeladen.
Merseburger Bildungsabende.
J. A.:
Studienrat Dr. Kaminski.

Metall- u. Kautschuk-Stempel
liefert
Heinrich Hessler
Merseburg
Kirchstr. Nr. 7

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Deutsche Warte
Tageszeitung
für Lebens-, Wirtschafts- und Bodenreform
mit den Beiblättern
Land- und Hauswirtschaft — Gesundheitswarte — Jugendwarte — Der Sonntag — Frauenzeitung und täglichtes Unterhaltungsblatt
Monatlich nur 6 Mark
Berlin NW 6.

Musik-Verein „Augusta".
Freitag, den 17. Septbr. d. J., von abends 7 Uhr ab
im
Tänzchen Strandschlößchen.
Der Vorstand.

Verband heimatstreuer Oberschlesier
Ortsgruppe Merseburg
Oberschlesische Hilfstage
von Sonntag, den 19., bis Dienstag, den 21. September, zu Gunsten der durch den Polneinfall in Not geratenen Oberschlesier und Förderung der Abstimmungsarbeiten.
Sonntag, den 19. September 1920, 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr Promenaden-Konzert auf dem Marktplatz.
Nachmittags 4 Uhr im „Neuen Schützenhaus": Großes Militär-Konzert! Ausgeführt von der Kapelle des Reichswehr-Jäger-Regiments III 32, persönl. Leitung Obermusikmeister Priemes, unter gütiger Mitwirkung des Männer-Gesang-Vereins „Liedertafel".
Abends 8 Uhr: Bunter Abend: Konzert, humoristische und Gesangs-Vorträge, Lichtbilder-Vorführung.
Montag, den 20. September 1920, abends 5 1/2 bis 7 Uhr: Platzkonzert am Schulplatz.
Abends 8 Uhr im „Neuen Schützenhaus": Instrumental-Konzert! Ausgeführt von der Orchester-Vereinigung hiesiger Beamten, Leiter Herr Hagemann.
Dienstag, den 21. September 1920, abends 6 Uhr Ball im „Neuen Schützenhaus".
An allen Tagen Preisschießen, Preiskegeln und Verlosung!
Die Gewinne sind von Sonntag vormittag an im „Neuen Schützenhaus" ausgestellt.
Der Vorstand.

Turn-Verein Kötzschen-Beuna.
Sonntag, den 19. d. M., von nachmittags 3 Uhr ab
großer Ball
im Bahnhofsrestaurant Nieder-Beuna.
Freitag und Sonnabend, von abends 6 Uhr, und Sonntag, von nachmittags 3 Uhr an
Geflügel-Auskegeln.
Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Deutsche demokrat. Partei
Kreisverein Merseburg.
Am Donnerstag, den 16. d. M., abends 8 Uhr, findet im Saale „Zur grünen Linde"
eine **Mitglieder-Versammlung** statt.
Geschäftsführer Dr. Rademacher, Halle, spricht über das
Reichsnotopfer und Steuerfragen.
Alle Mitglieder und Parteifreunde werden zu dieser Versammlung eingeladen. Der Vorstand.

Thüringer Hof. Morgen, Freitag, von 6 Uhr ab
großer Ball.
Bruno Knoche.

Achtung! Achtung!
Strandschlößchen!
Freitag, den 17., u. Sonnabend, den 18. Sept.,
Gr. Geflügel-Auskegeln!
Geflügel nur erster Qualität. Alle Kegelbrüder ladet ein Der Wirt.

Vereinig. der Wohnungssuchenden.
Freitag, den 17. Septbr., abends 7 Uhr
Versammlung im „Casino".
Der Ausschuß.

Tipografec (ges. gesch.) ist ein bewährtes Blutreinigungs-Mittel.
Viele tausend Dankschreiben vorhanden.
Dieser Tee ist erfolgreich bei Nerven, Rheumatismus, Augenübel, Strofulöseleiden, Arterien-Verkalkung, Hartleibigkeit, Tuberkulose, Lähmungen u. Schlaganfällen.
Ein Paket Mark 5.00, Porto extra, bei 6 Paketen und darüber portofrei. Nur echt zu beziehen gegen Nachnahme von
Thüringer Teefabrik Hermann A. Müller
Schmiedefeld, Thüringen, Kreis Schleusingen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200916-11/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ghiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit dem wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 208 — Donnerstag den 16. September 1920 — 47. Jahrg.

Ein Block Scheidemann—Stresemann?

Nachdem kürzlich die „Germania" eine sehr deutliche Aufforderung an die Mehrheitssozialisten zum Wiedereintritt in die Regierung gerichtet hatte, wird die Frage der Verbreiterung der Regierungsbasis jetzt immer wieder erörtert. Auch der außerordentliche Bezirkstag der Mehrheitssozialisten Groß-Berlins beschäftigte sich mit der Frage des Wiedereintritts der Partei in die Regierung, ohne jedoch zu einem klaren Ergebnis zu kommen. Anscheinend ist in den Kreisen der Mehrheitssozialisten die Meinung geteilt. Während ein Teil der Partei für einen solchen Wiedereintritt in die Regierung durchaus zu haben wäre, „damit nicht noch mehr Machtpositionen der Sozialdemokratie verloren gehen", drängen andere Kreise, unter Führung des früheren Reichskanzlers Hermann Müller, auf die Ausschreibung von Neuwahlen im Herbst, da sie sich hiervon ein günstiges Ergebnis für die Partei versprechen. Der Abgeordnete Müller-Franken hat sich bekanntlich bei den letzten Reichstagswahlen noch als Reichskanzler darauf festgelegt, daß es für die Mehrheitssozialisten unmöglich sei, mit der Deutschen Volkspartei eine Regierung zu bilden. An dieser Anschauung hält er auch heute noch unbedingt fest und steht damit in der Partei nicht allein. Von demokratischer Seite ist ja wiederholt betont worden, daß es unbedingt erforderlich sei, die Regierungsbasis zu erweitern und daß es nicht angängig sei, daß sich die Sozialdemokratie länger ihrer Pflicht, die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen, entziehe. Auf dem gleichen Standpunkt steht man auch in den führenden Kreisen der Zentrumspartei. So schreibt die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz: „Es weiß doch jedermann, wie wir den Sozialdemokraten damals, als es sich um die Bildung der Regierung handelte, auch von unserer Seite aus, den Eintritt in die Regierung nicht nur einmal, sondern wiederholt und nachdrücklichst angeboten haben, sie blieben trotzdem hartnäckig auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren. Wenn es ihr eigener Wunsch wäre und sie selbst dazu die Initiative ergriffen, heute an der Regierung teilzunehmen, so würde man zweifellos diesem Begehren näher treten."

Zweifelsfrei konnte eigentlich nur die Stellung der Deutschen Volkspartei sein. Die „Tägliche Rundschau", das Blatt des volksparteilichen Abgeordneten Ripepler, war entsetzt über den Gedanken, die Sozialdemokraten in die Regierung aufzunehmen. Auf einen wesentlich anderen Standpunkt stellt sich nun Dr. Stresemann, der sich in seinen „Deutschen Stimmen" dahin äußert, daß der Sozialdemokratie die Möglichkeit, in die Regierung einzutreten, jederzeit freistehe. „Wenn sie in die jetzige Koalition eintritt, so würde damit ein vernünftiger Ausgleich zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie gegeben sein. Sie würde einen vollberechtigten Anspruch haben können auf den Einfluß, der ihr zahlenmäßig nach ihrer Fraktionsstärke zukommt, nicht mehr und nicht weniger. Immerhin bliebe das bürgerliche Element in dieser Koalition führend durch das Schwergewicht seines gegenwärtigen Einflusses . . . Aufgabe der heutigen Koalition ist es, sich entweder selbst durchzusetzen — denn ein parlamentarischer Sturz des heutigen Kabinetts ist von links aus gar nicht zu führen, wenn die Deutschnationalen ihre gegenwärtige politische Aufgabe erkennen — oder aber, da jede Erweiterung der Koalition nach rechts an dem Widerstand des Zentrums und der Demokraten scheitert, der Sozialdemokratie den Eintritt offen zu halten, um eine gefestigte Basis der heutigen Regierung zu bilden, welche die Gewähr der Dauer in sich trüge." Einem Ausscheiden seiner Partei aus der Regierung, von dem in letzter Zeit ebenfalls gesprochen wurde, steht Stresemann jedenfalls ablehnend gegenüber, das käme nur in Frage, wenn die anderen Koalitionsparteien eine weitere Linksorientierung vornehmen würden. Danach bestehen heute also gewisse Aussichten dafür, daß ein Block Stresemann — Scheidemann einmal zustande kommt. Eine Entscheidung dürfte allerdings keinesfalls vor den Parteitagen der beiden sozialistischen Parteien fallen. Heute handelt es sich im wesentlichen um Kombinationen und völlig unverbindliche Vorbesprechungen. Der Verlauf des Parteitages der U. S. P. D., der ja wohl eine Spaltung dieser Partei bringen dürfte, wobei die Mehrheitssozialisten mit einem Anschluß des rechten Flügels dieser Partei an ihre Organisation zu rechnen scheinen, wird natürlich nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung der Mehrheitssozialisten bleiben. Bis dahin wird also auch die Frage der Regierungsumbildung in der Schwebe bleiben.

Immerhin ist dieser Artikel des deutschvolksparteilichen Führers außerordentlich bemerkenswert. Man muß ihn schon darum begrüßen, weil er eine erste Revision des Standpunktes bedeutet, den die Deutsche Volkspartei unter Führung des Herrn Dr. Stresemann im Wahlkampfe eingenommen hatte. Zwar war der volksparteiliche Führer zuletzt durchaus zu der Auffassung gekommen, daß eine Regierungsbildung mit Einschluß der Mehrheitssozialisten notwendig sei, immerhin bekämpfte er das Überwiegen der Sozialdemokraten in der alten Koalition. Nun verlügte aber in der Nationalversammlung die Mehrheitssozialdemokratie über mehr Sitze als Zentrum und Demokraten zusammen. Gleichwohl hatte die Sozialdemokratie nur die Hälfte der Ministersitze inne. Nach der jetzigen Anschauung des Herrn Dr. Stresemann hätte ihr in der Nationalversammlung also eine absolute Mehrheit der Ministersitze zugestanden werden müssen. Die Deutsche demokratische Partei hat nie das Entscheidende in der Anzahl der Parlamentssitze gesehen, wenn es sich um die Bildung einer Regierung handelte. Wir möchten auch jetzt uns nicht ohne weiteres der Auffassung des Herrn Dr. Stresemann anschließen, daß der Einfluß einer Fraktion, gleichviel welcher, nach ihrer Fraktionsstärke in der Regierung bemessen werden darf. Das Entscheidende ist immer ein sachliches Programm der Regierung, das von den Parteien gemeinschaftlich getragen werden muß.

Die Anklagen gegen General Leroud in Oberschlesien.

Frankfurt (Main), 16. Sept. (T.-U.) Wie die „Frankfurter Zeitung" berichtet, ist dem General Leroud in Oppeln mitgeteilt worden, daß er jederzeit das in die Hände der deutschen Regierung gefallene Material, welches die Unterlage zu der an ihn gerichteten Note bildet, einsehen und prüfen lassen könne. Auf verschiedenen Umwegen hat die deutsche Regierung dieses Urkundenmaterial erhalten und zwar schon im Juli.

Auffallende Maßnahme gegen den Fürstbischof von Breslau.

Breslau, 16. Sept. (T.-U.) Die Interalliierte Kommission verweigerte dem Fürstbischof von Breslau die Einreise nach Oberschlesien zur Weihe einer neuen Kirche.

Hölz entflohen?

Dresden, 16. Sept. (T.-U.) Hier ist das Gerücht verbreitet, daß Hölz aus dem Sanatorium, in dem er in der Tschechoslowakei untergebracht war, entwichen sei. Eine amtliche Bestätigung steht noch aus. Die deutschen Behörden haben die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um Hölz, wenn er in Deutschland wieder auftauchen sollte, festzunehmen.

Für und gegen den Anschluß an die 3. Internationale.

Berlin, 16. Sept. (T.-U.) Bei der Stellungnahme innerhalb der Unabhängigen Partei zu den Moskauer Bedingungen für die 3. Internationale haben sich weiterhin der badische Landesvorstand, sowie die Kölner und Gothaer Organisation für den Anschluß ausgesprochen, während eine Bremer Mitgliederversammlung die Bedingungen ablehnte.

Proteststreik in München.

München, 16. Sept. (T.-U.) Eine Versammlung der Gewerkschaftsdelegierten und Betriebsräte beschloß gestern abend in geheimer Abstimmung mit 118 gegen 110 Stimmen, sich dem kommunistischen Beschluß anzuschließen, am Freitag vormittag von 10 bis 12 Uhr einen Proteststreik gegen die Verhaftung des Abgeordneten Eisenberger durchzuführen.

Beendigung des Hamburger Hafenarbeiterstreikes.

Hamburg, 16. Sept. (T.-U.) In der Urabstimmung haben die organisierten Hamburger Hafenarbeiter gestern abend mit 4700 gegen 2300 Stimmen den Berliner Schiedsspruch abgelehnt. Es wurde beschlossen, heute morgen die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen. Ein großer Teil der Unionisten ist aber dem Beschluß nicht nachgekommen. Nach wie vor belagern sie die Zugänge zum Hamburger Hafen und versuchen die organisierten Arbeiter an der Wiederaufnahme der Arbeit zu verhindern. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

Die polnische Friedensdelegation in Danzig.

Danzig, 16. Sept. (T.-U.) Gestern traf die polnische Friedensdelegation auf der Reise nach Riga hier ein und wurde von den polnischen Behörden empfangen. Der Hauptteil der Delegation reiste nachmittags auf englischen Torpedobooten nach Libau weiter.

Fortdauer der Unruhen in Laibach.

Laibach, 16. Sept. (T.-U.) Den Blättern zufolge ist die Lage immer noch äußerst gespannt. Auf den Straßen wird noch immer geschossen. Die Gefängnisse sind mit Verhafteten überfüllt. Das Militär durchzieht die Straßen, auf denen nach 10 Uhr sich niemand aufhalten darf.

Der bevorstehende Rücktritt Deschanels.

Genf, 16. Sept. Der „Figaro" teilt mit, daß die Demission Deschanels in einigen Tagen zu erwarten sei und die Einberufung des Kongresses in Versailles dicht bevorstehe. Es scheint also doch ernst zu werden. Nach anderen Berichten scheint Millerand noch immer vor einer plötzlichen Zusammenberufung der Nationalversammlung zurück, aber es ist möglich, daß der Gesundheitszustand des Präsidenten weiteren Aufschub nicht duldet. Von der Krankheit Deschanels, deren medizinischer Name der Welt immer noch verschwiegen bleibt, erzählen in die Schweiz kommende Franzosen die tollsten Dinge. Man spricht geradezu von Geisteskrankheit und berichtet Anekdoten, wie von dem früheren König Otto von Bayern. Für den beginnenden Wahlkampf hat Millerand sichere Aussichten. Die mächtigsten Politiker der Republik, Poincaré und Briand treten für den gegenwärtigen Ministerpräsidenten ein. Aber prophezeien darf man doch nichts. Viel hängt von dem Ausgang des verschwiegenen erbitterten Zweikampfes ab, der zwischen der französischen und englischen Politik um Frankreichs Ansprüche in der Wiedergutmachungsfrage geführt wird.

Ausschreitungen in Spanien.

Paris, 16. Sept. (WTB.) Nach einer Radiomeldung aus Madrid kam es gestern in Saragossa wegen des schlechten Brotes und der Lebensmittelteuerung zu Ausschreitungen. Zahlreiche Läden wurden gestürmt. Die Polizei griff ein und stellte die Ordnung wieder her. Eine Person wurde getötet und acht Verhaftungen vorgenommen.

Zur Lage in Irland.

London, 16. Sept. (WTB.) Der „Star" meldet aus Belfast, die katholische Bevölkerung von Ulster sei bestürzt darüber, daß die Regierung die Ulsterfreiwilligen bewaffnen wolle. Freemans erhebt energisch Widerspruch dagegen. — Der politische Mitarbeiter der „Evening News" nennt die amtliche Ankündigung über eine Einreihung loyaler Bürger zur Unterstützung der Behörden das Vorzeichen für eine wichtige Entwicklung der Lage in Irland. Man erwartet, daß Tausende dem Aufrufe der Regierung Folge leisten werden. In Ulster allein bestehe eine Freiwilligen-Armee von 100 000 Mann. — Der Mitarbeiter der „Evening News" erklärt, daß der Beschluß der englischen Regierung, den Bürgermeister von Cork nicht freizulassen, unwiderruflich sei.

Russische Erfolge bei Bialystok?

Königsberg, 16. Sept. Die „Königsberger Allgem. Ztg." meldet aus Reidenburg: Nach bisher unbestätigten Nachrichten finden im Abschnitt Bialystok schwere Kämpfe zwischen den Russen und Polen statt, anscheinend zugunsten der Polen.

Zum Erdbeben in Italien.

Rom, 16. Sept. (WTB.) Einer Agenzia Stefani-Meldung zufolge hat das Erdbeben im Gebiet Massa nur wenige Ortschaften betroffen. Nach amtlichen Feststellungen beträgt die Zahl der Toten 174. Überall ist das normale Leben wieder aufgenommen.

Die Vorgänge in Oberschlesien.

Der beabsichtigte neue Überfall auf Oberschlesien.

Berlin, 15. Sept. Der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Oberschlesiens hat dem Präsidenten der interalliierten Kommission in Oppeln, General Le Rond, am 14. Sept. folgende Note übergeben:

Die deutsche Regierung ist im Besitz von polnischen Operationsplänen und organisatorischen Anordnungen, von Meldungen und Befehlen, die in ihrer Gesamtheit einen neuen Beweis für die Absicht der gegenwärtigen Besatzung Oberschlesiens und von dem Bestehen einer hierzu geschaffenen geheimen politischen Organisation erbringen. Es darf angenommen werden, die Originaldokumente im Auswärtigen Amt durch einen Bevollmächtigten einsehen zu lassen. Aus diesem Material ergeben sich folgende Einzelheiten, die zum Teil auch den Schlüssel zu den Vorgängen der letzten Wochen liefern. Das gesamte Abstimmungsgebiet ist von der geheimen Organisation in neun Bezirke gegliedert, die untergeteilt nach den landrätlichen Kreisen 74 Rayons umfassen. Innerhalb der Rayons sind Zehnerschaften organisiert, die die kleinsten Kampfeinheiten darstellen. Jeder Rayon muß mindestens verfügen über eine Sturm- und eine Maschinengewehr-Zehnerschaft, um die sich Infanterie-Zehnerschaften gruppieren. Die Zehnerschaften bestehen aus besonders verpflichteten Ortseinsässigen. Nach dem Stand vom 1. Juli 1920 zählte diese Organisation 11 730 Köpfe. Daneben besteht die in die Rayons gegliederte Hilfsorganisation des polnischen Selbstschutzes der Gruben, Eisenbahnen, Sport- und Gesangvereine (Sokols). Zu ihr gehört auch der Verband der Haller-Truppen, der im Juli weitere 2000 Mann umfaßte und dessen Mitglieder durch Mitnutzung des polnischen Roten Kreuzes in Beuthen ihren militärischen Sold weiter erhielten.

Aufgabe der Hilfsorganisation ist die überraschende Wegnahme der industriellen Anlagen und Eisenbahnen sowie die Verhinderung unerwünschter Transporte. Die Leitung der gesamten Organisation ruht bei dem Obersten Kommando, das auf polnischem Boden in Sosnowice seinen Sitz hat und die vier Bezirke unmittelbar unterstellt sind. Dem Obersten Kommando liegt die Verständigung mit den polnischen höheren Behörden ob. Aufgabe der Organisation ist, sich der sogenannten Operationsbasis zu bemächtigen. Diese umfaßt die Kreise Tarnowitz, Beuthen, Hindenburg, Kattowitz und Pleß, also das Hauptindustriebezirk. Zur Durchführung der Aufgabe sind aus einem Teil der Einheiten dieser Kreise 3 Bataillone Infanterie und eine Maschinengewehrkompagnie überraschend zusammengezogen werden, um die Westgrenze der Basis, etwa in Linie Kosche[illegible] Sosnitza—Dembina, zu besetzen. Die übrigen Einheiten, formiert in einem Bataillon Infanterie, drei Infanterie- und drei Maschinengewehrkompagnien, sollen, unterstützt vom Selbstschutz, die in der Basis gelegenen Städte nehmen, etwaigen deutschen Widerstand brechen. Insgesamt wurde Mitte Juli hierfür mit rund 10 000 Mann gerechnet, darunter die obenerwähnten 2000 Mann vom Verbande der Haller-Truppen. In enger Verbindung hiermit steht ein Aufmarschplan, nach welchem auf polnischem Boden bereitgestellte Streitkräfte sich zu gegebener Zeit des gesamten Abstimmungsgebietes bemächtigen sollen. Diese Streitkräfte sammeln sich bei Czenstochau, Wenssin, Sosnowice, Zawiercie, Jezow und Oswiecim. Der Plan sieht vor, Bahnsperrungen bis in die Linie Lublinitz—Tostau im Kreise Rybnik, von dort entweder weitere Bahntransporte oder Fußmarsch auf besonders zugewiesenen Marschstraßen bis zur Westgrenze des Abstimmungsgebietes mit anschließender Besetzung der Grenze. In einem Operationsbefehl vom 11. Juli 1920 mit der Unterschrift Joseph alias Laskowski, Chef des Stabes, wird im Interesse der Geheimhaltung befohlen, es solle den Mannschaften vorgespiegelt werden, daß der Zweck der Organisation die Abwehr einer deutschen Überrumpelung sei.

Die deutsche Regierung beehrt sich, der interalliierten Kommission von Vorstehendem Kenntnis zu geben. Sie glaubt, gerade im gegenwärtigen Augenblick ihre früheren Wahrnehmungen eindringlich wiederholen zu sollen, weil sie zuverlässige Nachrichten von einer in Vorbereitung befindlichen polnischen Aktion hat. Ein schweres Verhängnis, für das die interalliierte Kommission die Verantwortung tragen [illegible] nicht mehr abzuwenden, wenn [illegible] geschaffenen Zustände [illegible] für neue Aufstands[illegible] der polnischen Regierung, der [illegible] Stuhl, den Kabinetten [illegible] und die erforderlichen Schritte

[illegible]im Osten.

[illegible] Wirtschaftslage.

[illegible] dem Bericht des Obersten Wirt[illegible] daß die wirtschaftliche [illegible] halere Formen annimmt. [illegible] der Oberste Wirtschaftsrat für [illegible] nur 80 Millionen bereitgestellt [illegible] nicht 50 Millionen Pud über[illegible] der unbedeutenden Produktion [illegible] rt zu, daß Cinoview es für not[illegible] Petersburgs einen harten Winter [illegible] gegangene über[illegible] auf die Ukraine.

[illegible] f. Ztg.": Eine Reihe deutscher [illegible] kreich einen neuen Plan [illegible] zeitet, dessen erstes Ziel die Er[illegible] Ukraine sein wird. Das [illegible] Landung der Franzosen aus Re[illegible] für ein Vorgehen der franzö[illegible] Küste des Schwarzen Meeres [illegible] Frankreich auch politische [illegible] eue diplomatische Blockade Rußlands [illegible] Sowjetregierung auf die Arbeiter[illegible] der neue Schlag vor dem [illegible] hierzu steht ein Aufmarschplan, nach welchem auf polnischem Boden [illegible] schwierigkeiten der Sowjetregierung infolge der schlechten Ernte und des Mangels an Brennstoffen durch Wegnahme der getreidereichen Ukraine und des Donetbkohlengebietes zu steigern. In Moskau ist man sich über die große Gefahr des kommenden Winters völlig klar und rüstet fieberhaft zur Abwehr.

Im Zusammenhang hiermit ist folgende Meldung bemerkenswert: Wie den P. P. N. aus unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, ist dem Kommandanten der französischen Mittelmeerflotte, einer Meldung aus Paris zufolge, der Befehl erteilt worden, sich bereit zu halten, um nach den südrussischen Häfen des Schwarzen Meeres auszufahren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200916-11/fragment/page=0007